

Graue Eminenz der Frankfurter Schule

Philipp Lenhard, Friedrich Pollock. Die graue Eminenz der Frankfurter Schule, Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Berlin 2019, 382 S., 32 Euro

Wenn von „Frankfurter Schule“, „Kritischer Theorie“ oder „Institut für Sozialforschung“ (IfS) die Rede ist, werden damit in der Regel die Namen von Adorno, Horkheimer, Marcuse, später Habermas u.a. assoziiert. Die eigentlichen Gründer dieses 1924 eingeweihten Instituts, die die konzeptionellen Grundlagen legten, die finanziellen Ressourcen bereitstellten und die, die gegenüber einer konservativen Umwelt jener Jahre diese einmalige Konstruktion auch politisch-rechtlich mit großem Geschick realisierten, nämlich Felix Weil und, was die konzeptionelle und personelle Ausrichtung betraf, auch Friedrich Pollock (1894-1970), sind lange Zeit fast völlig im Hintergrund geblieben. Für F. Weil änderte sich dies durch die Publikation zweier Biografien aus Argentinien (2014) und Deutschland (2017). Analog hat jetzt Philipp Lenhard, vom Lehrstuhl für „Jüdische Geschichte und Kultur“ an der Universität München, diesen Mangel in Bezug auf Pollock abgeholfen. Der Verfasser, der auch die Gesammelten Werke Pollocks begonnen hat herauszugeben, hat sich mit der jetzt erschienen Arbeit, die auf intensiven Recherchen beruht, ein erhebliches Verdienst erworben, da nun die Ursprünge und die ersten Jahrzehnte der sog. „Frankfurter Schule“ sich noch deutlicher darstellen.

Als Sohn eines jüdischen Fabrikanten in Freiburg geboren, war ihm zugeacht das elterliche Unternehmen zu

übernehmen, weswegen er zunächst eine kaufmännische Ausbildung absolvierte, dann von 1916 bis 1918 Militärdienst leistete und danach – entgegen dem Wunsch des Vaters – das Studium der Ökonomie, Soziologie und Philosophie aufnahm. Durch die politischen Umbrüche 1918/19 und das aufgenommene Studium politisierte sich Pollock und sein Freund Max Horkheimer, den er schon 1911 in Stuttgart, wohin die Familie umgezogen war, kennen gelernt hatte. Mit ihm – der aus dem gleichen sozialen Milieu stammte und sehr ähnliche Interessen hatte – schloss er eine lebenslange, enge Freundschaft, die zuweilen kuriose Züge annahm.¹ Sie studierten in Freiburg, München und schließlich Frankfurt, wo sie sich – statt eine Studentenbude zu mieten – den Kauf einer Villa im nahe gelegenen Kronberg (Ts.) leisten konnten. Während des Studiums lernte Pollock Felix Weil kennen und kreierte mit ihm und Karl Korsch gemeinsam die Idee der Gründung eines vom Marxschen Wissenschaftsverständnis angeleiteten Instituts, das zugleich – bei hoher Autonomie in Forschung und Lehre – auch an die Universität angebunden sein sollte. Pollock wurde bald Mitarbeiter des ersten Institutsdirektors Carl Grünberg und war zugleich Geschäftsführer der Marx-Engels Archivgesellschaft, die zu ihrer Hauptaufgabe die Marx/Engels Gesamtausgabe (MEGA) machte. Nach seiner Promotion mit

¹ Z.B. wurden jährliche „Memoranden“ über Programm und Ziele der Freundschaft geschrieben und ausgetauscht; die Unterordnung aller anderen Dinge/Beziehungen, sogar die zu ihren späteren Ehepartnerinnen, war Kernelement dieses Freundschaftsbundes, der die „Innenwelt“ gegenüber der „Außenwelt“ repräsentierte.

einer Arbeit über die Geldtheorie von Marx (1923) sammelte er auf verschiedenen Reisen in die Sowjetunion (1927/28) Material zu den Plananstrengungen in diesem Land. Dies wurde seine Habilitationsschrift („Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917–1927“), die in der Schriftenreihe des Instituts erschien. Infolge der schweren Erkrankung Grünbergs übernahm Pollock vertretungsweise die Leitung des Instituts, bis diese 1930/31 Horkheimer übertragen wurde, womit eine neue Ära begann. Diese währte allerdings dortselbst nicht lange, da bis 1933 alle Vorbereitungen zu Verlegung des Instituts (zunächst Genf, Paris, schließlich ab 1934 New York) getroffen werden mussten. Bei diesen finanziellen Transaktionen und vielfältigen Arbeiten spielten Weil und Pollock die Hauptrolle.

Die Übernahme der Institutsleitung durch Horkheimer und die Exilierung des Instituts und seiner „Kernmitglieder“ in die USA sowie die Angliederung an die Columbia University brachte auch für Pollock wichtige Veränderungen und neue Aufgaben. Waren in den 20er Jahren Politische Ökonomie, Arbeiterbewegung, Klassenanalyse die zentralen Arbeitsfelder, so traten diese Bereiche zugunsten der Sozialphilosophie, Gesellschaftstheorie, Sozialpsychologie, Kunst- und Medienanalyse sowie der Familiensoziologie in den Hintergrund; der entsprechende Mitarbeiterstab veränderte sich gleichfalls. Pollock blieb für das Jahrzehnt von den 30er bis zum Anfang der 40er Jahre der einzige Ökonom, der für die „Erdung“ der Institutsarbeit sorgen und sagen sollte, „wohin die Reise geht“. Allerdings hat er in

dieser Periode wenig wissenschaftlich gearbeitet, da er mit der Finanzierung und Finanzverwaltung (z.B. auch Unterstützung zahlreicher Exilanten), der Koordination der Tätigkeiten und der Herstellung der Außenkontakte voll beschäftigt war. Erst gegen Ende der 30er Jahre begann eine institutsinterne Diskussion über das Verhältnis von Ökonomie und Politik/Staat im Faschismus, ausgelöst durch die Arbeiten F. Neumanns an seiner umfangreichen – auf Deutschland bezogenen – Faschismusanalyse „Behemoth“ (1942). Hier standen sich zwei Positionen ziemlich konträr gegenüber: Während Pollock, Horkheimer, teilweise Adorno u.a. die neue Qualität betonten (Krisensteuerung möglich; Dominanz der Politik/des Staates über die Kapitalinteressen, „totalitärer Staatskapitalismus“, dem sich das Gewinnmotiv völlig unterzuordnen hätte und der mithin sich grundsätzlich vom liberalen und monopolkapitalistischen Kapitalismus unterscheidet), behauptete die Gegenseite (F. Neumann, O. Kirchheimer, F. Weil u.a.), dass trotz dieser partiellen Verselbständigung der politischen Führung, letztlich und aufs Ganze gesehen, eine kapitalfreundliche Politik bestimmend war und die kapitalistischen Zyklen und potenziellen Krisen sowie politische Instabilität keineswegs mit dem Faschismus beseitigt seien. Dazu publizierte Pollock mehrere Aufsätze in der Zeitschrift für Sozialforschung. Gleichzeitig und später – je mehr sich der Krieg seinem Ende zubewegte – intensivierte Pollock seine Tätigkeiten als Berater des US-Wirtschaftsministeriums, um in der Diskussion über die Nachkriegswirtschaft in Europa und vor allem Deutschland einzugreifen. Höhepunkt seines Beitrags zum

„war effort“ waren zwei Einladungen ins Weiße Haus 1943/44 zu Gesprächen mit Präsident Roosevelt und seiner Frau Eleonore (230ff.).

Nach Ende des Krieges – Pollock hatte inzwischen die US-Staatsbürgerschaft erworben und war 1946 an die Pazifikseite der USA Horkheimer (der dort seit 1941 lebte) nachgefolgt, kam die Frage auf, ob man – unter bestimmten Bedingungen – nach Deutschland bzw. nach Frankfurt zurückkehren könne/solle oder es strikt ablehnen müsste. Nach langen kontroversen Diskussionen setzte sich Horkheimer durch und das IfS wurde 1950/51 wieder in Frankfurt aufgebaut und eröffnet; während Horkheimer, Adorno, Pollock nach Frankfurt kamen, blieben z.B. Löwenthal, Marcuse, Neumann, Kirchheimer u.a. in den USA. In Frankfurt setzte ein Teil der Institutsmitglieder die Studien über „autoritäre Persönlichkeiten“ und faschismusaffine Bewusstseinsinhalte, die schon Anfang der vierziger Jahre in den USA begonnen worden waren, fort; u.a. wurde mit „Gruppenexperimenten“, d.h. Meinungsaustausch in kleineren Gruppen gearbeitet, um die individuelle Befragungssituation klassischen Stils aufzuheben und kontextgebundene Gespräche für realitätsgerechtere Befunde fruchtbar zu machen. Pollock wirkte hierbei maßgeblich mit und gab den Studienbericht (1955) heraus, der in der Bundesrepublik eine breite Diskussion über empirische Methoden auslöste. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre beschäftigte sich Pollock intensiv mit den ökonomischen und sozialen Grundlagen und Auswirkungen des Automatisierungsprozesses, der gerade eingesetzt hatte. Er veröffentlichte mehrfach aufgelegte und erweiterte Studien, die in

mehrere Sprachen übersetzt wurden und ihm den Ruf eines führenden Spezialisten auf diesem Feld eintrugen. Nach der Emeritierung (1963) zog er sich ganz nach Montagnola (Tessin) zurück, wo er und Horkheimer schon seit Ende der 50er Jahre (nebeneinander in zwei Häusern) wohnten.

Die Studie Lenhards kann als sehr gelungen qualifiziert werden, da er die jeweiligen gesellschaftlichen Kontexte sowie die engeren und weiteren Beziehungsfelder der Hauptperson recht detailliert schildert und subtil, zumeist zurückhaltend interpretiert. Ein sehr wichtiger Fokus ist bei ihm der jüdische Kontext, obwohl sich Pollock immer als a-religiös und atheistisch bezeichnet hat; was durch Fremdschreibungen (gerade in jener Epoche und in Deutschland) sowie durch die Tradition im Allgemeinen und die quasi ethnische Zuordnung natürlich eine hohe Plausibilität gewinnt. Die vom Autor aufgeworfene Frage, warum das IfS sich erst so spät mit dem Antisemitismus systematisch zu befassen begonnen hat (190ff.), scheint durchaus interessant zu sein, wird aber zum Teil dahingehend relativiert, dass mit den sozialpsychologischen Studien (E. Fromm u.a.) und dem großen Werk „Autorität und Familie“ (1936) seit Mitte der 30er Jahre wichtige Vorarbeiten zu den späteren Studien über „autoritäre Persönlichkeiten“ geleistet worden waren. – In dem spät zu Tage tretendem Spannungsverhältnis zwischen Weil und Pollock (die das fast ganze Leben eng und freundschaftlich zusammengearbeitet hatten) neigt Lenhard der Position seines „Helden“ zu, was in den beiden eingangs erwähnten Biografien über F. Weil durchaus anders gesehen wird. Allerdings räumt er

ein, dass „Pollock zwei Gesichter“ hatte. Auch seine gelegentlich durchschimmernde Lesart „des Marxismus“ (keine Offenheit der Geschichte, ökonomistische Denkweise etc.) scheint eher einem recht schematischen Vulgärmarxismus zu entsprechen als einer bestimmten Denkmethode.

Mit der – im Übrigen gut zu lesenden – Biografie F. Pollocks ist eine weitere Beleuchtung des „Grand Hotel Abgrund“ (wie G. Lukács das IFS sarkastisch nannte) geleistet worden, was – wie es scheint – sich gut einreicht in eine entsprechende, vorerst kleine Publikations-Renaissance im Vorfeld des hundertjährigen Jubiläums (2023).

Dieter Boris

Keine Enteignung ist auch keine Lösung

Sabine Nuss, Keine Enteignung ist auch keine Lösung. Die große Wiederaneignung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums. Karl Dietz Verlag Berlin 2019, 133 Seiten. 12,00 Euro.

Der mediale Aufschrei, den Kevin Kühnerts Überlegungen zur Enteignung im „Zeit“-Interview vom Mai 2019 provoziert hat, zeigt, dass die Verteidiger der herrschenden Wirtschaftsordnung an ihrer wohl sensibelsten Stelle getroffen wurden: dem Eigentum. Natürlich meinen sie nicht Eigentum schlechthin, denn auch staatliches oder Gemeineigentum sind Eigentum. Was sie meinen ist Privateigentum und die allersensibelste Stelle dabei ist das Privateigentum am Produktivvermögen. Und wenn Hermann Otto Solms, FDP-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der „Deutschen

Stiftung Eigentum“, in einem Handelsblatt-Kommentar zu Kühnert schreibt, Eigentum sei die „Voraussetzung für eine individuelle und selbstbestimmte Lebensgestaltung“¹, hat er zwar Karl Marx auf seiner Seite. Er blendet aber aus, dass die Masse der Bevölkerung (nach der jüngsten Bundesbank-Analyse 90 Prozent aller privaten Haushalte) (68) über kein Betriebsvermögen verfügt und unter den gegenwärtigen Bedingungen auch niemals verfügen wird. Deshalb sind die meisten gezwungen, ihre Arbeitskraft den Kapitaleignern zu verkaufen, unter deren Kommando und dem Kommando ihrer Agenten zu arbeiten, deren Zielvorgaben zu verfolgen und deren Einkommen und Reichtum mit zu erarbeiten. Unter diesen Verhältnissen ist eine „individuelle und selbstbestimmte Lebensgestaltung“ dieser Mehrheit nur sehr begrenzt möglich.

Nicht selten wird deshalb in linken Diskursen und Zirkeln die Abschaffung des Eigentums gefordert, mitunter sogar unterstellt, es löse sich von alleine auf.² Nicht so bei Sabine Nuss in ihrem neuen Buch.³ Nuss fordert vielmehr eine „Wiederaneignung“ der Produktionsmittel durch die Gemeinschaft, gesellschaftliches Eigentum also. Dem Privateigentum wohne ein

¹ Hermann Otto Solms, Ein Appell für das Eigentum. In: Handelsblatt vom 15. April 2019.

² Vgl. dazu Jürgen Leibiger, Ende oder Transformation des Eigentums? In: Berliner Debatte Initial 29 (2018) 2, S. 120-132 sowie Jürgen Leibiger, Eigentum, Macht und Governance im Cyberspace. In: Z 118 (Juni 2019), S. 72-90.

³ Nuss hat bereits 2006 ein vielbeachtetes Buch über Eigentum veröffentlicht. Sabine Nuss, Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus, Münster 2006.

„vergiftetes Versprechen“ inne: „Ja, Privateigentum ist effizient, ja Privateigentum befördert Eigeninitiative, ja, Privateigentum garantiert Freiheit. Aber es ist eine *bestimmte* Effizienz, eine *spezifische* Eigeninitiative und eine *besondere* Freiheit.“ (124) Ausführlich zeigt sie, worin diese Spezifik kapitalistischen Eigentums besteht, wie sie zustande kommt, wie sie wirkt, und warum dieses Versprechen des kapitalistischen Privateigentums „vergiftet“ ist. Im Gegensatz dazu wäre eine auf gesellschaftlichem Eigentum basierende „kooperative Ökonomie“ – sie vermeidet die Begriffe Sozialismus, Kommunismus oder Modernismen wie „Post-Kapitalismus“ und „Commonismus“ – auf die Befriedigung von Bedürfnissen gerichtet und es wären ganz andere Freiheiten gegeben. „Gesellschaftliches Eigentum verspricht letztlich die gesamtgesellschaftliche und individuelle Befreiung aus dem Hamsterrad.“ (125)

Das Buch ist in vier Kapitel gegliedert. Das erste Kapitel ist der bürgerlichen Verteidigung des Eigentums, dem „Versprechen des Eigentums“ gewidmet. Die heutigen Argumentationsmuster dieser Apologie werden umfassend und treffend aufgezeigt. Hier setzt sich Nuss unter anderem mit der Property Rights Theory und der Theorie von Nobelpreisträger Douglass C. North (1920 – 2015) auseinander, der die Rolle der Institution „Eigentum“ für die Wirtschaftsentwicklung untersuchte. Er habe mit seiner Arbeit „die herrschenden Annahmen über die positiven Effekte des Privateigentums als überhistorisch gültig“ etabliert. (22) Dieses „Verdienst“ gebührt zwar eher dem englischen Aufklärungsphilosophen John Locke (1632 – 1704), aber

für die Verankerungen der Apologie des Privateigentums im zeitgenössischen Denken und mit den Argumenten und theoretischen Instrumenten heutiger bürgerlicher Ökonomie spielen diese beiden Theorien zweifellos eine bedeutende Rolle. So ganz in Bausch und Bogen ist North's Herangehensweise allerdings nicht abzulehnen. Abgesehen davon, dass nach seiner Einschätzung „unter den vorhandenen Theorien des säkularen Wandels [...] das Marxsche Gedankengebäude am meisten [überzeugt] und zwar deshalb, weil es alle Elemente enthält, die das neoklassische Modell weglässt“⁴, stimmt es ja, dass die Entstehung des Privateigentums und eines entsprechenden Rechts im frühesten Altertum sowie die verschiedenen Metamorphosen und Transformationen des Privateigentums Jahrtausende lang progressiv wirkten. Sie waren immer zunächst „Entwicklungsformen der Produktivkräfte“ (Marx), die deren Höherentwicklung bis in unsere Tage vorantrieben. Ihr antagonistischer Charakter erweist sich *heute* immer mehr als eine Fessel bei der Lösung globaler und sozialer Probleme; das gilt aber nicht für die gesamte zurückliegende Menschheitsgeschichte.

Vielleicht wäre eine differenziertere Einschätzung der Geschichte des Privateigentums besser gelungen, wenn das zweite Kapitel sich nicht auf die durchaus verdienstvolle Darstellung der Geschichte der Begriffe von Eigentum und Besitz konzentriert hätte, sondern statt der juristischen Kategorie die historische Entwicklung des Eigentums als eines sozialen Verhältnisses selbst

⁴ Douglass C. North: Theorie des institutionellen Wandels, Tübingen 1988, S. 63.

dargestellt worden wäre. Damit wäre auch die Gefahr vermieden worden, die Entstehung des Kapitalismus primär aus der Einhegung des dörflichen Gemeineigentums sowie der Übernahme kleinbäuerlichen Eigentums und damit einer Enteignung der unmittelbaren Produzenten zu erklären. Diese Eigentumsformen waren nicht unwichtig, aber sie dominierten nicht; England, auf dessen Untersuchung sich Marx konzentriert hatte, und wo in der Tat freie, selbstwirtschaftende Bauern eine bedeutende Rolle spielten, war hier eher die Ausnahme. Der Kapitalismus in seiner ganzen Breite entstand zuvörderst durch die „Befreiung“ der Leibeigenen und Hörigen aus feudaler Grund- und Gutsherrschaft und Abhängigkeit, wobei sie natürlich vom Regen in die Traufe kamen. Grund und Boden befanden sich nicht so sehr im Eigentum freier Bauern und bäuerlicher Gemeinden, sondern vor allem in der Hand von Feudalherren, die das freie Bauerntum schon im frühen Mittelalter weitgehend eliminiert hatten. Natürlich wurde Grund und Boden von Bauern bewirtschaftet, sie waren jedoch nicht deren Eigentümer, sondern nur Besitzer auf der untersten Stufe feudaler Lehnspyramiden. Hauptform der Herstellung doppelt freier Lohnarbeiter war die Verwandlung von feudalem Grundeigentum in kapitalistisches Agrareigentum mit Pächtern und ländlichen Lohnarbeitern. Das Missverständnis über den grundlegenden Charakter vorkapitalistischer Eigentumsformen, das bei nicht wenigen linken und radikalen Kritikern des Kapitalismus zu finden ist, führt manchmal sogar zu einer gewissen Romantisierung der primitiven Formen frühen Gemeineigentums vor allem in den eroberten

Kolonialgebieten, die im Übrigen mitunter durchaus auch Sklaven kannten und nichts an Grausamkeiten zu wünschen übrig ließen. Auch die Forderung nach einer „Wiederaneignung“ wurzelt womöglich in einer Überbetonung der Existenz freier Bauern und Dorfgemeinschaften in den Gesellschaftsformen, die dem Kapitalismus unmittelbar vorausgingen.⁵ Aber was die Arbeiterinnen und Arbeiter nie besitzen haben, können sie sich auch nicht „wieder“ aneignen. Ein rückwärtsgewandter, womöglich moralisierender Blick, die Forderung nach einer Art des Wiedereinsetzens in alte Rechte (was Nuss so nicht schreibt!), kann sogar zu irreführenden Überlegungen führen. Die Aufhebung der heutzutage herrschenden Verhältnisse ist ein Schritt in Neuland, was zu einem gewissen Teil erklärt, weshalb er so schwerfällt. Shakespeare lässt Hamlet in seinem berühmten Monolog sinnieren: „Dass wir die Übel, die wir haben, lieber ertragen, als zu Unbekanntem fliehn.“

Im dritten Kapitel legt Nuss in allgemeinverständlicher Art und Weise dar, worin die Widersprüche und Grenzen, „Fluch und Segen“ kapitalistischen Privateigentums und das „Geheimnis der Plusmacherei“ bestehen. „Welche Effizienz, welche Freiheit, wessen Früchte der Arbeit?“ fragt sie und beantwortet auch die Frage, was all das mit dem „selbstregulierenden Markt“ zu tun hat. (63 – 92) Mit Marx wird gezeigt, wie

⁵ Der Rezensent weiß natürlich, dass Marx im ersten Bandes des „Kapital“ die kapitalistische Produktionsweise als „Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums“ bezeichnet (MEW 23, S. 791.) Den Feudalismus kann er damit generell nicht gemeint haben, denn der beruhte nicht auf bäuerlichem Eigentum.

das auf Warenproduktion und Warenzirkulation beruhende Gesetz, das Gesetz des Privateigentums, sich in sein Gegenteil, in das Gesetz der kapitalistischen Aneignung und Ausbeutung verkehrt, und wie damit auch Werte wie Effizienz, Fortschritt und Freiheit ihre kapitalistische Färbung erhalten, sich sogar in ihr Gegenteil verkehren. Es liegt auch in der gedanklichen Schwierigkeit, diese Verkehrung als solche zu erkennen, dass das „vergiftete Versprechen“ des Privateigentums an den Produktionsmitteln oft nicht durchschaut wird. Nuss bringt die Dinge hier auf den Punkt.

Das vierte Kapitel widmet sich schließlich dem Hauptanliegen der vorgelegten Schrift: Der Aufhebung der „sozialen Enteignung“, der die Arbeitenden unterliegen. Nuss unterscheidet dabei eine „große“ und eine „kleine“ Wiederaneignung. Als „groß“ bezeichnet sie die generelle Aufhebung der Trennung der Arbeitenden von den Produktionsmitteln. Es gehe um „eine historisch neue organische Verbindung von Arbeitskraft, Natur und Produktionsmitteln.“ (93) Hier legt sie das „Versprechen des gesellschaftlichen Eigentums“ dar, und entwickelt, worin die damit einhergehende neue Effizienz und Freiheit bestehen. Der wohl an Ulrike Hermanns Bestseller „Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung“⁶ angelehnte Slogan, „keine Enteignung ist auch keine Lösung“ ziele nicht und nicht einmal in erster Linie darauf, „den juristischen Eigentumstitel zu ändern“, sondern auf eine neue, anderen Zwecken dienende,

arbeitsteilige Aneignungsweise der Natur durch die Gesellschaft, die durch gesellschaftliche Planungs- und demokratische Aushandlungsprozesse gekennzeichnet ist. (125) Der Rezensent sieht hier ein wichtiges Verdienst dieser Schrift; ohne diese Begriffe zu benutzen, beschreibt Nuss faktisch, was unter *realer* Vergesellschaftung im Unterschied zu nur *formaler* Vergesellschaftung in Form von Verstaatlichung, wie sie in den bisherigen Varianten von Staatssozialismus erfolgte, zu verstehen ist.

Gesellschaftliches Eigentum sieht sie schon heute „längst in den Poren der gegenwärtigen Gesellschaft“ verwirklicht. Sie verweist auf die „verborgenen Stätten der Kooperation“, den Non-Profit-Bereich, die Genossenschaften, Arbeiter-Kooperativen und so weiter, die von Elinor Ostrom, David Bollier, Silke Helfrich oder Friedericke Habermann und jüngst auch von Erik Olin Wright beschriebenen Commons, deren Ausbau sie als eine „kleine Wiederaneignung“ bezeichnet. Auch im Staat als einem „umkämpften Terrain“ sieht sie ein „gesellschaftsveränderndes Potenzial“ (115), zumindest dann, wenn die „gesellschaftliche Macht über den Staat“ (Wright) erweitert würde. (116) Hauptfeld seiner Betätigung müsste die öffentliche Daseinsfürsorge sein.

„Wie kommt man von der kleinen zur großen Wiederaneignung?“ fragt Nuss (122) und bleibt eine definitive Antwort schuldig. Das ist ihr kaum anzukreiden, denn es ist wohl die Frage aller Fragen, um deren Beantwortung die Linken ringen müssten. Nuss hält die „Skepsis gegenüber einer Strategie des umfassenden Bruchs [für] durchaus berechtigt. Zentrale Bestandteile einer gesellschaftlichen Selbstermäch-

⁶ Ulrike Hermann: Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung. Frankfurt/Main 2016. Es sei hervorgehoben, dass Hermann diese Wendung ironisch verwendet.

tigung sind das gemeinsame Analysieren und Diskutieren und das Erproben von Alternativen.“ (122) So scheint eben nur das Vorantreiben der „kleinen Wiederaneignung“ zu bleiben. Leider widmet Nuss dem wichtigsten Bereich gesellschaftlicher Produktion, den kapitalistischen Unternehmen und Konzernen, in denen der größte Teil der eigentumslosen Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter arbeitet, und deren Form als Aktiengesellschaft Marx als „Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte“ bezeichnete⁷, nur einen einzigen Satz. „Eine weitere Kampflinie für eine kleine Wiederaneignung besteht darin, die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel strenger zu regulieren, also umwelt- oder gesundheitsgefährdende Produktion einzuschränken und die Rechte abhängig Beschäftigter zu stärken.“ (116) Die Frage nach der Entwicklung einer immer umfassenderen Wirtschaftsdemokratie in diesem Bereich bedarf aber einer weit gründlicheren Ausleuchtung. Alternative Produktionsweisen in den „Nischen und Hohlräumen des Marktsystems“ (Paul Mason) werden sich wohl erst dann entfalten können, wenn die ökonomische und gesellschaftliche Übermacht, die im Kernbereich der kapitalistischen Produktion ihre Basis hat und die ganze Gesellschaft durchwuchert, unterminiert und überwunden wird. Das ist leichter gesagt als getan, aber statt sich deshalb hiervon abzuwenden, braucht es aus Sicht des Rezensenten eine entschiedenere analytische und praktische Hinwendung zu diesem Bereich.

Das Besprechen eines Buches, auch mit kritischen Anmerkungen, lohnt sich vor allem dann, wenn es brennende Fragen aufwirft und anregende Debatten befruchtet. Es ist das Verdienst von Nuss, mit der Eigentumsfrage wieder die zentrale Frage nicht nur einer Gesellschaftstransformation, sondern auch des Alltags und der täglichen Auseinandersetzung um mehr Demokratie und Freiheit für die „99 %“ gestellt zu haben. Überall lauert diese Frage, auch wenn sie oft hinter Kulissen verborgen ist. Deshalb sind ihrer Arbeit eine große Leserschaft und eine breite Debatte zu wünschen. Es lohnt sich.

Jürgen Leibiger

Der Finanzmarkt physikalisch gesehen

David Orrell, *Quantum Economics. The New Science of Money*, Faber and Faber Ltd. London 2018, 390 S., 11,95 Euro

Die Finanzkrise von 2008 und das Versagen der dominierenden neoklassischen Wirtschaftslehre diese Krise vorherzusehen, haben zu einer Flut von Veröffentlichungen geführt, die die theoretischen Voraussetzungen und die Erklärungsfähigkeit der Neoklassik stark in Zweifel ziehen. Ein Teil dieser Arbeiten kommt von Akteuren, die im Finanzsektor, im Wesentlichen dem US-amerikanischen, tätig sind und das Studium einer Naturwissenschaft, meistens Physik, oder der Mathematik absolviert haben. Absolventen dieser Fächer wurden, beginnend Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts, verstärkt von Wall Street Firmen eingestellt, um die mathematische Model-

⁷ Karl Marx: Das Kapital Band III. MEW 25, S. 456.

lierung von Finanzmarktprodukten (Hedgefonds, Derivate etc.) mit fortgeschrittenen mathematischen Methoden voranzutreiben (im Wall Street Slang werden diese Personen „Quantitative Analysts“, kurz „Quants“, genannt) und auf Basis dieser Modelle Voraussagen zu Kursentwicklungen an den Finanzmärkten zu treffen. Hierfür wurden häufig Analogien von Finanzmarktmodellen zu physikalischen Modellen hergestellt, die eine Übertragung einiger in der Physik etablierter mathematischer Methoden erlaubt hat.¹

Nachdem auch viele dieser Modelle die Finanzmarktkrise nicht vorausgesehen haben, und empfindliche Verluste nicht verhindern konnten, stellte sich den Entwicklern dieser mathematischen Werkzeuge die Frage woran das lag. Eine Erkenntnis war, dass die Dogmen der neoklassischen Mainstream Ökonomie, wie die Annahme transparenter Märkte, die inhärent einem Gleichgewicht zustreben, mit der Realität wenig zu tun haben. Für Physiker, die in der Regel aus ihrem Studium keine übertriebene Bescheidenheit bezüglich der theoretischen Reichweite ihrer Wissenschaft mitnehmen, lag daher die Schlussfolgerung nahe, dass die ökonomische Theorie unbrauchbar und stattdessen mehr Physik nötig ist um die Finanzmärkte zu verstehen.

Der Autor des vorliegenden Buches ist ein kanadischer Mathematiker und Schriftsteller, der bereits mehrere Bücher über Vorhersagemethoden in

komplexen Systemen, wie Wetter und Wirtschaft veröffentlicht hat und damit in Kanada in die Endauswahl für Buchpreise gekommen ist.² Er will begründen, warum wirtschaftliche Vorgänge auf Basis der physikalischen Quantentheorie erklärt werden müssen. Er kann sich dabei auf Veröffentlichungen beziehen, die mit diesem Ansatz, unter anderem auch in physikalischen Fachzeitschriften, erschienen sind. Da er hier eine allgemeinverständliche Darstellung geben will, ist das Buch frei von mathematischen Formeln. Diese Theorie stellt m.E. insofern eine neue Qualität im Vergleich zu bisherigen Modellen, die sich an die Physik anlehnen, dar, als die These vertreten wird, dass sich wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme nicht nur analog zu Quantensystemen verhalten würden, und damit die mathematischen Methoden aus physikalischen Modellen übertragbar seien, sondern dass diese selbst Quantensysteme seien und damit einer eigenen spezifischen Quantentheorie bedürften. Die Theorie hat damit auch einen ontologischen Erklärungsanspruch (Pos. 281, 823).³

Wie in der Einleitung des Buches hervorgehoben wird, sieht der Autor den Kern der neuen Theorie in einem neuen Verständnis der Funktion des Geldes. Er bemängelt, dass Geld in den vorherrschenden ökonomischen Lehrbüchern praktisch nicht vorkommt. Geld wird als Messgröße behandelt, aber ihm und dem Finanzsektor kommen nicht die Beachtung und Erklä-

¹ Eine detaillierte Darstellung dieser Entwicklung findet sich in: James Owen, Weatherall: *The Physics of Finance: Predicting the Unpredictable. Can Science Beat the Market?* New York, 2013. Siehe auch Wikipedia Stichwort „Ökonophysik“

² Stichwort „David Orrell“ im englischsprachigen Wikipedia.

³ Im Folgenden wird auf die Position in der Kindle Ausgabe des Buches verwiesen.

rung zu, die ihnen gebühren (Pos. 121). Nach Ansicht des Autors gehört Geld ins Zentrum der Wirtschaftstheorie (Pos. 138).

Das Buch gliedert sich in zwei Teile mit jeweils fünf Kapiteln. Im ersten Teil, der „Quantum Money“ überschrieben ist, erläutert der Autor sein Verständnis der Funktion des Geldes.

Im ersten Kapitel „The Quantum World“ beschreibt der Autor den Umbruch im physikalischen Weltbild, der durch die Einführung der Quantentheorie zur Beschreibung der Mikrophysik Anfang des 20. Jahrhunderts stattgefunden hat. Hierbei folgt er der vorherrschenden, der sogenannten „Kopenhagener Deutung“ der Quantenmechanik. Zur Erläuterung flicht er Analogien zu ökonomischen Vorgängen ein. Wie physikalische Größen (Energie) in der Quantenphysik nur in Paketen (Quanten) und nicht als kontinuierlicher Fluss auftreten, kommen auch Geldzahlungen nur in Paketen vor und haben Mindestgrößen (Pos. 528). Eine Besonderheit von Quantensystemen ist die sogenannte Verschränkung, d.h. die Eigenschaften eines Systems sind durch eine gemeinsame Wellenfunktion beschrieben, was dazu führt, dass Messungen der Eigenschaften einer Systemkomponente auch augenblicklich die Eigenschaften der anderen, miteinander verschränkten Komponenten festlegen. Diese Verschränkung bleibt auch erhalten, wenn die Komponenten weit voneinander entfernt werden. Eine entsprechende Verschränkung entsteht dem Autor zufolge auch im Finanzbereich z.B. zwischen einem Kreditnehmer und der kreditgebenden Bank. Vom Moment der Kreditgewährung an sind beide miteinander verschränkt, und ein Ereignis, das eine

Seite betrifft, wirkt sich auch auf die jeweils andere aus (Pos. 757). Gemäß Quantenfeldtheorie sind reale Teilchen von Wolken aus virtuellen Teilchen umgeben. Diese virtuellen Teilchen können für einen sehr kurzen Zeitraum real werden und sofort wieder im Vakuum verschwinden. Sie entstehen aus dem Nichts und verschwinden wieder ins Nichts. Genauso können Banken im Zuge der Kreditvergabe Geld aus dem Nichts erzeugen und bei Rückzahlung verschwindet es wieder ins Nichts (Pos. 809).

In den weiteren Kapiteln des ersten Teils werden die Quanteneigenschaften des Geldes weiter detailliert und der neoklassischen Theorie gegenübergestellt. Der idealistischen Interpretation der Kopenhagener Deutung der Quantenmechanik nach wird der Wert einer physikalischen Größe im Messprozess festgelegt, vorher existiert er nicht. In der Messung findet der sogenannte „Kollaps der Wellenfunktion“ statt. Aus der ‚virtuellen‘ Wahrscheinlichkeit wird durch den Messvorgang ein bestimmter ‚realer‘ Wert als Eigenschaft eines Teilchens. Die Wellenfunktion, die die Wahrscheinlichkeit beschreibt, ist kollabiert, sie existiert nicht mehr. Nach Meinung des Autors wird in der gleichen Weise bei einem Kauf der Preis gemessen. Dies würde dem Messvorgang an einem Quantensystem entsprechen (Pos. 1056). Die Annahme der klassischen Ökonomie, dass es einen durch die enthaltene gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmten Wert gibt, der durch den Preis gemessen wird, wird, wenig einleuchtend, als zirkuläre Definition verworfen, da sich der Wert ja wieder im Preis ausdrückt (Pos. 1052). Vielmehr sei der Wert eines Objektes eine

‘virtuelle’ Vorstellung, wie eine Wellenfunktion, die in der Kauftransaktion zu einer realen, teilchenartigen Zahl kollabieren würde (Pos. 1128).

Die Arbeitswerttheorie wird als nicht praktikabel verworfen, da sich die Arbeitszeit, die für die Herstellung eines komplexen Produktes aufgewendet werden muss, praktisch nicht berechnen lasse (Pos. 1837). Außerdem sei sie beliebig und austauschbar, was sich daran zeige, dass sie durch die Grenznutzentheorie ersetzt wurde, die stattdessen in die klassische Ökonomie eingebaut werden konnte (Pos. 1876).

Im zweiten Teil des Buches „The Quantum Economy“ wendet sich der Autor der Modellbildung für die Gesamtwirtschaft zu.

Herkömmliche quantitative Modelle nach dem „efficient market approach“ für Preisentwicklungen am Finanzmarkt setzen voraus, dass Faktoren, die die Preisentwicklung beeinflussen, zufällig und voneinander unabhängig sind. Sie folgen dem mathematischen Ansatz zur Beschreibung der Brownschen Molekularbewegung. Modelle, die die Quantennatur des Finanzmarkts berücksichtigen, gehen demgegenüber davon aus, dass die Faktoren verschränkt sind, d.h. sich gegenseitig beeinflussen, was der Realität näher komme (Pos. 2908).

Die Mainstream Ökonomie setzt voraus, dass sich Menschen wie isolierte Atome verhalten, die sich nicht umeinander kümmern und nicht miteinander kommunizieren. Dass dies nicht zutrifft wird zunehmend anerkannt. Stattdessen lasse sich das menschliche Verhalten im Bild der quantenmechanischen Verschränkung verstehen, das im Übrigen auch für Atome zutreffen würde (Pos. 4014).

Im letzten Kapitel fasst der Autor die Argumente für eine neue, durch die Einsichten der Quantenphysik inspirierte, verbesserte und gesellschaftlich verträgliche Wirtschaftsweise zusammen. Die großen gesellschaftlichen Probleme sieht er in Finanzinstabilität, gesellschaftlicher Ungleichheit, Umweltkrise und Korruption (Pos. 5909). Vorschläge für Änderungen, die er auflistet und die verträglich mit dem Quantenansatz seien, sind: Garantiertes Grundeinkommen, durch Regierungen ausgegebenes Geld statt privat geschöpftes Kreditgeld (vermutlich ist ähnliches wie Vollgeld gemeint), Besteuerung nicht von Arbeit, sondern von Ressourcenverbrauch, Finanztransaktionssteuer, Organisation von Firmen in einer Weise die ihre gesellschaftlichen Verpflichtungen berücksichtigt, Ausbau und Schutz von Commons, ein Ökosystem von alternativen Währungen, nicht geldbasierte Metriken wie Umwelteinfluss und soziale Wohlfahrt statt BSP, ein ethischer Verhaltenskodex für Ökonomen und Quants (Pos. 5963). Er vertritt somit durchaus fortschrittliche Forderungen.

Er hofft, dass die Quantenökonomie einen Rahmen zur Verfügung stellt, um die diversen Ansätze alternativer heterodoxer Ökonomen zusammen zu fassen (Pos. 6025).

Verstreut über das gesamte Buch setzt sich der Autor in teils hämischen Kommentaren mit der Entstehung und dem Versagen der neoklassischen Ökonomie auseinander und er zitiert hierzu eine Vielzahl von Autoren. Die Namen Marx und Keynes fallen zwar, aber Konzepte, die auf deren Theorien basieren, werden nicht im Detail diskutiert, sondern wie die Arbeitswert-

lehre, allenfalls oberflächlich abgefer-tigt. Er kommt zu Forderungen zur Verhinderung von Finanzkrisen, die an Positionen linker Kräfte anschluss-fähig sind, allerdings nimmt er gesell-schaftliche Macht- und Kapitalver-wertungsverhältnisse nicht in den Blick. Das Buch ist als Einstieg für Leser interessant, die sich mit „Öko-nophysik“ auseinandersetzen möch-ten. Hier bietet es viele Verweise auf weiterführende Literatur, auch auf leicht zugängliche Quellen im Netz.

Der vertretene Ansatz basiert auf ei-ner idealistischen Interpretation der Kopenhagener Deutung der Quan-tenmechanik, und das darauf basie-rende Verständnis der Wirtschaft als Quantensystem erscheint wenig rea-listisch. Insofern dürfte auch der Wunsch, dass hiermit ein Rahmen ge-schaffen sei in dem sich alternative ökonomische Ansätze wiederfinden können, ein Wunsch bleiben.

Hans Vofß

„Zerrissene Republik“

Christoph Butterwegge, Die zerrisse-ne Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Beltz Juventa Wein-heim/Basel 2020. 414 S., 24,95 Euro.

Wie Christoph Butterwegge zu Recht schreibt, hat sich die wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit dergestalt entwickelt, dass der viel bemühte „soziale Zusammenhalt“ schwindet und mit guten Gründen buchstäblich von einer „zerrissenen Republik“ gesprochen werden kann. „Armut und Reichtum sind im Kapita-lismus der Gegenwart strukturell so miteinander verzahnt, dass beide ten-

denziell zunehmen. Die zum Teil skandalös niedrigen (Dumping-)Löhne für Millionen prekär Beschäftigte be-deuten nämlich hohe Gewinne, Divi-denden und Renditen für Unterneh-mer, Kapitalanleger und Börsianer.“ (110). Während daraus im globalen Maßstab ökonomische Krisen und (Bürger-)Kriege resultieren, die wie-derum größere Migrationsbewegun-gen nach sich ziehen, sind in Deutsch-land der soziale Zusammenhalt und die repräsentative Demokratie be-droht. Daher thematisiert Butterwegge nicht bloß, wie soziale Ungleichheit entsteht und warum sie zugenommen hat, sondern auch, weshalb die poli-tisch Verantwortlichen darauf kaum reagieren und was getan werden muss, um sie einzudämmen.

Das Buch beginnt mit Definitionen der Schlüsselbegriffe „Ungleichheit“, „Ar-mut“ und „Reichtum“ und stellt an-schließend die wichtigsten Theorien und Theoretiker der sozioökonomischen Ungleichheit im deutschsprachigen Raum vor (z.B. Karl Marx, Max Weber, Theodor Geiger). Daraufhin behandelt der Autor (wissenschaftliche) Aussa-gen zur Sozialstruktur in (West-) Deutschland nach dem Zweiten Welt-krieg, die sich zwischen Empirie und Ideologie bewegen (z.B. Schelskys „ni-vellierte Mittelstandsgesellschaft“ und Dahrendorfs Erwiderung darauf mittels weberianischer Klassentheorie). „Neben der ‚nivellierten Mittelstandsgesell-schaft‘ von Helmut Schelsky ist Ulrich Becks ‚Fahrstuhl-Effekt‘ (...) trotz sei-nes ebenso dürftigen Realitätsgehalts das bis heute einflussreichste Narrativ zur (west)deutschen Sozialstruktur, dem man in der Fachpublizistik noch häufi-ger begegnet als in der Tagespresse und Politikerreden.“ (110) Viele Theo-

rien zeitgenössischer Soziolog(inn)en abstrahieren laut Butterwege von sozioökonomischen Produktions-, Eigentums- und Klassenverhältnissen als zentralen Strukturmomenten bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften. Stattdessen vereng(t)en sie sich immer wieder stark auf die Konsumtionssphäre und deren sensationelle Angebotsfülle. (117f.) Das zeigt Butterwege auch eindrücklich an der gegenwärtig inflationären Verwendung von „Kapital“- und „Klassen“-Begriffen, die in der Regel Marx' Verständnis davon ausblenden. Zuweilen verwenden Neoliberale sowohl die Argumentation der Klassenleugnung, als auch eine subtile Art umgedrehter Klassentheorie, wonach entweder der Sozialstaat schuld an der Klassengesellschaft sei (Rainer Hank) oder die Armen angeblich die reichen „Leistungsträger“ ausbeuten würden (so „Wirtschaftswoche“, „Capital“, Sloterdijk; vgl. 182).

Das dritte Kapitel rekonstruiert wichtige Ungleichheitsdiskurse und beleuchtet, wie über Armut und Reichtum nach dem Zweiten Weltkrieg geredet bzw. geschrieben wurde (von Ludwig Erhardts Motto „Wohlstand für Alle“ und den Wirtschaftswunder-Mythen bis zu publizistischen, wissenschaftlichen und politischen Debatten). Butterwege unterstreicht z.B., dass die Geschichte der westdeutschen Nachkriegssoziologie und der hegemonialen Mediendiskurse nicht zuletzt die Geschichte zahlloser Versuche sei, „die als marxistische Signalbegriffe verpönten Termini ‚Klasse‘ bzw. ‚Klassengesellschaft‘ durch weniger brisante Kategorien zu ersetzen, ihren Wortsinn zu entschärfen oder sie auf andere Weise ideologisch zu entsorgen. (...). Die primär als ‚Schere‘ zwischen Arm und

Reich verstandene Ungleichheit hat nach 1945 in der Öffentlichkeit jedoch nie die ihr gebührende Aufmerksamkeit gefunden, sondern ist keineswegs zufällig immer wieder aus dem Blickfeld verschwunden, teilweise auch daraus verbannt worden. Grund dafür war nicht das schiefe Bild der sich weiter öffnenden Schere, sondern das Interesse (einfluss)reicher Gruppen an der Leugnung sie begünstigender Verteilungsschiefen. (143) Die veröffentlichte Meinung habe sich hierzulande zu keinem Zeitpunkt ernsthaft mit dem Problem der sozioökonomischen Ungleichheit auseinandergesetzt und praktisch nie reale Möglichkeiten zu seiner Lösung eruiert. „In den maßgeblichen, das Alltagsbewusstsein prägenden Medien wird der Reichtum jedoch eher verschleiert und die Armut verharmlost. Dasselbe gilt für die etablierten Parteien und Politiker, deren ganzes Bestreben darauf gerichtet ist, die bestehenden Verteilungsverhältnisse und ihre eigene Mitverantwortung dafür zu rechtfertigen.“ (143) Ähnlich der in kritischen US-Publikationen (z.B. von Michael Parenti) als „ABC-Sociology“ (anything but class – alles außer Klassen-Analyse) bezeichneten Mainstream-Richtung referiert Butterwege zustimmend die Position des Soziologen Jürgen Ritsert, wonach die meisten soziologischen Ansätze während der verschiedensten Phasen der BRD-Geschichte das Ziel verfolgten, die Klassen durch Theorie zum Verschwinden zu bringen, also eigentlich auch als ABC-Soziologie zu bezeichnen wären.

Um verschiedene Ausprägungen der Ungleichheit zu betrachten (auch entlang Migrations- und Geschlechtsspezifika), nimmt der Verfasser als

Nächstes neben der Einkommens- und Vermögensverteilung vor allem das Bildungs- und Gesundheitssystem in den Blick. Gerade die hegemonialen Bildungs-Mythen – nach dem Motto: jeder ist seines eigenen Bildungs-Glückes Schmied und: „Bildungsarmut“ als „Humankapitalschwäche“ – werden einer vortrefflichen Analyse und Kritik unterzogen.

Daraus ergibt sich die Frage nach den Entstehungsursachen der sozioökonomischen Ungleichheit, wobei laut Butterwege die Globalisierung bzw. die neoliberale Modernisierung sowie Fehlentscheidungen und falsche Weichenstellungen der politisch Verantwortlichen eine Schlüsselrolle spielen. So weist der Autor darauf hin, dass die sozioökonomische Ungleichheit in den kapitalistischen Produktions-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen wurzelt und nicht etwa, wie z.B. von dem Mainzer Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel behauptet, in einer obskuren „Krankheit der Demokratie“ (254). Allerdings stimmt Butterwege dann wiederum Merkel zu, wenn dieser betont, dass der Anstieg der Ungleichheit nicht die naturwüchsige Folge von digitaler Revolution, Wissensökonomie und kühner schöpferischer Zerstörung sei, sondern auch Folge politischer Entscheidungen (welche jedoch von Merkel durch seine vehemente Verteidigung bspw. der sog. Agenda 2010 befördert wurden).

Mit Auswirkungen und Folgen der sozialen Ungleichheit setzt sich der Verfasser als Nächstes auseinander. Dabei geht es ihm um die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, die Prekariisierung der Lohnarbeit und die Pauperisierung eines wachsenden Teils der Bevölkerung, aber auch um die politi-

sche Spaltung als nicht minder problematisches Resultat der sozioökonomischen Polarisierung. Das wird vom Autor plausibel hergeleitet und wirft die Frage auf, welche Gegenstrategien von welchen Akteur(inn)en vorstellbar bzw. notwendig wären. Den Entwurf und die Diskussion von Lösungsmöglichkeiten eruiert Butterwege kurz vor dem Ende seines Bandes. Während die Ursachen (mit ein paar Redundanzen) insgesamt hervorragend ausgearbeitet sind, macht der Abschnitt über Gegenmaßnahmen einen etwas knappen und angehängten Eindruck.

Gegen Ende seines sehr empfehlenswerten Buches setzt sich Christoph Butterwege noch kurz mit einer Prognose des 2012 gestorbenen britischen Sozial- und Universalhistorikers Eric Hobsbawm auseinander. Dieser stellt die Umverteilung von oben nach unten als eine Schlüsselfrage der Entwicklung moderner Gesellschaften dar. Auch unter Berücksichtigung ökologischer Zusammenhänge prognostiziert er 1995, dass die Politik des neuen Jahrtausends vielmehr durch soziale Umverteilung als durch ökonomisches Wachstum bestimmt sein werde. Dabei war er damals schon nicht so naiv wie manche öko-kapitalistische Forderung nach der Macht der Märkte für mehr Nachhaltigkeit (Interview mit Habeck und Baerbock: Der Markt soll es richten, in: FAZ.net v. 23.3.2019). Stattdessen vermutete Hobsbawm: „Die marktunabhängige Zuteilung von Ressourcen, oder zumindest eine scharfe Beschränkung der marktwirtschaftlichen Verteilung, wird unumgänglich sein, um der drohenden ökologischen Krise die Spitze zu nehmen.“¹

¹ Eric H Hobsbawm, Das Zeitalter der Extre-

Mit diesem Werk hat Butterwegge den deutschen Sozialwissenschaften die Leviten gelesen. Wer sich einen gehaltvollen Überblick zum Thema Ungleichheit in Deutschland verschaffen will und von ganzen Bibliothekswänden eingeschüchtert wird, kann sich mit diesem Buch von Christoph Butterwegge sicher sein, dass der aktuelle Forschungsstand kritisch aufgearbeitet vorgestellt wird.

Michael Klundt

Bildung und Kompetenz-Didaktik als neoliberale Herrschaftsinstrumente

Andreas Hellgermann, Kompetent. Flexibel. Angepasst. Zur Kritik neoliberaler Bildung, Edition ITP-Kompass, Münster, 2018, 179 S., 14.00 Euro

Andreas Hellgermann legt in seinem Buch überwiegend allgemeinverständlich dar, wie insbesondere in Schulen Bildung als neoliberal zugerichtete Sozialtechnik funktioniert. Im Zuge der Darstellung zeichnet er zunächst die Vermittlungsschritte vom Charakter des neoliberalen Kapitalismus bis zur Implementierung kompetenz- und handlungstheoretischer Didaktiken (Theorien des Lehrens und Lernens) im deutschen Schulunterricht seit den Nullerjahren nach. Im zweiten Teil begründet er die Notwendigkeit einer für alle Bildungsformen notwendigen „politischen Didaktik“ (107), die beim gesellschaftlichen „Ganzen“ (93) ansetzen und auch zu ihr zurückkehren muss. Schließlich entwickelt der Autor

im letzten Part des Buchs die Skizze einer solchen politischen Didaktik.

Hellgermann konstatiert zu Beginn, dass die klassische, man könnte sagen „fordistische“ Form der Didaktik, der zufolge eine Lehrerautorität unwissenden Schülern allgemein anerkannte Inhalte eintrichtert („Nürnberger Trichter“), „ein Herrschaftsmittel“ (30) sei. Insofern ist die Kritik an heutiger neoliberaler Bildung weder eine Aufforderung, zum Status quo ante zurückzukehren, noch ein Plädoyer für konservative Bildungspolitik. Vielmehr soll sie im Sinne Gramscis die Möglichkeit einer anderen Wirklichkeit eröffnen (155) – in diesem Fall von (Schul-)Bildung und Unterricht.

Für den Autor geht die aktuelle Form der Bildung auf den Neoliberalismus zurück, den er als ökonomische Theorie, in Anlehnung an Harvey als Projekt zur Wiederherstellung von Klassenmacht und unter Bezug auf Foucault als Regierungsform interpretiert. Theoretisch hätten die Vertreter der neoliberalen Ökonomik ihr Bild vom Menschen als utilitaristisch handelndem Individuum zum Wesen des Menschen erklärt. Daraus speise sich die „Humankapitaltheorie“ (38), der zufolge der Mensch über ein Kapital (seine Arbeitskraft) verfüge, das über dessen Wohl und Wehe entscheide. Bildungsinstitutionen komme die Aufgabe zu, dem Individuum Verhaltensmodi (Kompetenzen) beizubringen, die größtmöglichen Erfolg (Nutzen) im Kampf aller gegen alle auf dem Markt gewährleisten. Das Leitbild dieser Form von ökonomisierter Bildung ist – wie von der Europäischen Union beschlossen – der Unternehmer. Dieser eigne sich bereitwillig sein Leben lang neue Fähigkeiten und Fertigkeiten an, um

sich flexibel an immer neue, praktische Herausforderungen anzupassen und diese zum eigenen Vorteil zu bewältigen.

Entsprechend werde das Lehren und Lernen heute gestaltet. Bildung nach dem Modell des Nürnberger Trichters werde, so Hellgermann, ersetzt durch eine problem-, handlungs- und subjektorientierte Kompetenz-Pädagogik. Lehrende vermitteln den Lernenden nicht mehr Inhalte, sondern „Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können“ (40–1, Weinert). Im Unterricht schafft der Lehrer als Lernbegleiter Lehr-Lernarrangements, in denen Schüler individualisiert, selbstbestimmt und -organisiert Probleme lösen können, indem sie selbständig ihr eigenes Wissen konstruieren. An die Stelle hierarchischer Führung der Klasse durch direkte inhaltliche Vorgaben tritt die Steuerung der Schüler durch das Management ihres Verhaltens. Direkte autoritäre Disziplinierung wird substituiert durch Kontrolle mittels Feedback in individuellen Beratungsgesprächen und Lernzielvereinbarungen. Laut Hellgermann hat Foucaults Pastoralmacht Einzug in die Schule gehalten.

Was sich zunächst fortschrittlich anhört und in der Tat anknüpft an zahlreiche Ideen der Alternativbewegungen der 1970er- und 80er-Jahre, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als eine neue, eben neoliberale Form der Herrschaftsausübung. Hellgermann bezeichnet diese als „neoliberalen Behaviorismus“ (153). Seine Hauptkritikpunkte an der handlungs- und kompetenzorientierten Didaktik sind folgen-

de: Erstens wird der gesellschaftliche Zusammenhang, in dem Bildung und die daran Beteiligten stehen, reduziert auf die situative Bewältigung bestimmter Probleme. Soziale Strukturen und ihre Veränderbarkeit fänden keinen Eingang mehr in Bildung. Die pragmatische Handlungsfähigkeit des Individuums wird zum Bildungsziel, die Anwendbarkeit von Erkenntnissen unter den gegebenen Bedingungen zum entscheidenden Bildungskriterium. Zweitens werde die Verantwortung für die Problembewältigung dem Individuum zugeschrieben und Bildung dadurch individualisiert. Das Team aus sich gegenseitig kontrollierenden und einhegenden Monaden entwickelt sich zur dominierenden Form falscher Kollektivität. Scheitern ist in erster Instanz immer das Scheitern des Individuums. Drittens würden Bildung im Allgemeinen und Schule im Besonderen durch die neoliberale Didaktik entpolitisiert.

Hellgermanns Skizze einer politischen Didaktik, die er unter Bezug auf Comenius' Maxime „Allen alles ganz zu lehren“ und Paulo Freires Pädagogik der Befreiung darlegt, besitzt die entgegengesetzte Stoßrichtung. Sie setzt beim Ganzen und den Ausgeschlossenen an. „Die Welt“ (115) sei „Dreh- und Angelpunkt“ dieser Didaktik und „in letzter Instanz ihr Inhalt“ (124), ihr Ziel die Befreiung der Ausgeschlossenen. Die Lehr-Lern-Situation ist Teil dieser Welt und Lehrer wie Schüler befinden sich beide in ihr. Lehrende und Lernende interagieren mittels offenen Dialogs, in dem beide gleich sind und einander als solches anerkennen. Im Zentrum des Dialogs stehe die Welt als gemeinsame. Sein Zweck ist die Erkenntnis von Unterdrückung und die Befähigung, Geschichte so zu machen, dass die Unter-

drückung endet und die Dialog-Partner dadurch ihr atomisiertes Dasein aufheben. Lehrer seien im Dialog nicht allwissende Lehrmeister, sondern auch Schüler und Schüler Lehrer. Methoden spielten, anders als im neoliberalen Verhaltensmanagement, für Hellgermann eine untergeordnete Rolle, solange sie einen gemeinsamen Dialog über die Welt und damit Erkenntnis in Richtung „Autonomie, Emanzipation und Solidarität“ (152) in der Gesellschaft ermöglichen.

Neben der notwendigen und in vielen Punkten treffenden Kritik kompetenz- und handlungsorientierter Didaktik als neoliberaler Herrschaftsform weist Hellgermanns Argumentation auch einige Schwächen auf. Zunächst wird Neoliberalismus trotz des Verweises auf Harvey in erster Linie als Vordringen der Markt-, aber nicht der Profit akkumulierenden Klassengesellschaft analysiert. Daher bleibt unterbelichtet, obgleich en passant erwähnt, dass die Entwicklung der schulischen Produktivkräfte und der Arbeitskräfte („Humankapital“) in der Schule nicht Menschenbildern bzw. ökonomischer Theorie entspringt oder ausschließlich „der Konkurrenz“ geschuldet ist. Vielmehr entspricht die (schulische Aus)Bildung den Erfordernissen an vorrangig qualifizierte Arbeitskräfte für das Kapital und dessen Organisation des Arbeitsprozesses in profitablen Verwertungsprozessen. Neoliberale Herrschaft genügt also nicht sich selbst oder „dem Markt“. Sie ist an den konkreten Ausbeutungsprozess in der Produktion gekoppelt. Dieses klassen- und ausbeutungstheoretische Defizit der hellgermannschen Argumentation spiegelt sich auch in der unzureichenden Darstellung der „Akteure neoliberaler Bil-

dung“ (27), die vor allem als politisch-wissenschaftliche begriffen werden, im unscharfen Begriff der „Ökonomisierung von Bildung“ (34) und der unkritischen Übernahme des foucaultschen Machtbegriffs wider. Trotz dieser und anderer Probleme ist das Buch aber ein empfehlenswerter Aufschlag für eine längst überfällige Auseinandersetzung mit Bildung, Didaktik und Schule im neoliberalen Kapitalismus.

Christian Stache

Kritik am herrschenden Leistungsverständnis

Nina Verheyen, Die Erfindung der Leistung, Hanser Berlin im Carl Hanser Verlag München; 256 S., 23,- Euro

Leistung nimmt im heutigen gesellschaftlichen Selbstverständnis eine wichtige Rolle ein. Die Einschätzung, in einer „Leistungsgesellschaft“ zu leben, wird von vielen geteilt, und Leistung wird dabei zumeist verstanden „als eine systematisch steigerbare und zweifelsfrei auf ein Individuum rückführbare Größe“ (111). Gesellschaftspraktische Wirksamkeit erlangt diese Vorstellung bei der Verteilung oder Zuweisung von Geld, Status und Stellung in gesellschaftlichen oder organisationalen Hierarchien, wenn es also darum geht, „Lebenschancen zu regulieren und [...] Biographien zu steuern“ (94).

Dass sie das dieser Praxis zugrundeliegende Verständnis für Unfug hält, macht Verheyen von Beginn an klar: „Es gibt keine individuelle Leistung im quasiphysikalischen Sinne, also unabhängig von menschlichen Sinnstiftungen und sozialen Kontexten.“ (13) Jede Leistung und „alle Arbeit vollzieht sich kollektiv“ (197). Versuche, „Leistung

Einzelpersonen vermeintlich objektiv zuzuordnen, führen dazu, diesen kollektiven Charakter von Arbeit [...] erfolgreich zu verschleiern“ (ebd.).

Sollte folglich Leistungskritik betrieben werden, gar „Leistungskritik als Kapitalismuskritik“ (22)? Nein, denn „wie sollen Geld und Status denn sonst verteilt werden, also jedenfalls dem Anspruch nach?“ (10) Verheyen plädiert eingangs „für ein soziales Leistungsverständnis, das die kollektiven Bedingungen jeder vermeintlich individuellen Leistung [...] integriert“. (17 f.) Es gelte zu „erkennen, wie sich mit Leistung gegen die dunklen Seiten des Kapitalismus streiten lässt.“ (22) Dieses Wie fasst Verheyen am Ende ihrer Ausführungen so zusammen: „Erstens, indem wir anderen zur Seite springen, wenn es darauf ankommt.“ (207) Zweitens durch Hinweise auf „die strukturelle Uneindeutigkeit und Fehlerhaftigkeit von Leistungsbewertungen und –vergleichen“ sowie „den sozialen Kranz [...], der jede vermeintlich individuelle Leistung umgibt.“ (208)

Zwischen Eingangsplädoyer und Resümee spürt Verheyen u. a. dem Aufkommen und Wandel des begrifflichen Inhalts von „Leistung“ nach, – so kommt der Begriff in der Luther-Bibel gar nicht vor (113), und der zur Goethezeit übliche und noch heute in der Verwendung „Gesellschaft leisten“ aufscheinende Inhalt (Kap. 4) unterscheidet sich gravierend von seiner heutigen Verwendung, bei der „der pure ökonomische Erfolg immer häufiger als zentraler Indikator verwendet“ wird (197). Die Autorin analysiert, warum und wie trotz der Unmöglichkeit individueller Leistung und der Unzuverlässigkeit bei deren Messung sich das Leistungsparadigma gesellschaftlich

hartnäckig reproduziert (u.a. durch „Leistungspraktiken“, Kap. 3, die vor allem im Bildungssystem praktiziert und verinnerlicht werden). Schließlich untersucht sie, wann sich die Idee der Steigerung der Leistung verbreitete und gesellschaftlich wirksam wurde und welche Rolle etwa sportliche Wettbewerbe und Weltausstellungen für deren Plausibilität spielten und spielen (Kap. 6).

Bedauerlich sind die fehlenden Hinweise auf die leistungskritischen Schriften von Herbert Marcuse. Ein kleiner Schnitzer unterläuft ihr, als sie den praktischen Folgen der Verbreitung der Idee der Leistungssteigerung nachgeht. Taylors „Grundsätzen wissenschaftlicher Betriebsführung“ (177 f.) von 1911 – ein für Management und die praktische Arbeitsorganisation bis heute wichtiges Werk – unterstellt sie dabei, „nicht mehr auf die langfristig optimale Kraftausnutzung und -erhaltung, sondern auf kurzfristige maximale Kraftsteigerung“ gezielt zu haben (178). Jedoch wird bereits im Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1919 mehrfach deutlich gemacht, dass es bei der Maximalleistung, um die es Taylor geht, immer nur jene gemeint sein solle, die „ohne jede Ermüdung ausgeführt werden kann“. Nun stützt sich Verheyen nach eigener Aussage nicht auf Taylor selbst, sondern auf einen Beitrag von Wolfgang König in den „Zeithistorischen Forschungen“ von 2009. Zutreffend wird dort zwar (lediglich) festgestellt, dass der „Taylorismus [...] zum Synonym für Arbeitshetze, Überwachung und Entmündigung“ wurde (318). Ansonsten findet sich dort keine ihre Aussage stützende Stelle. Vielmehr wird explizit hingewiesen auf Zuschläge, die Taylor damit begründe-

te, „dass die Arbeit nicht die Gesundheit gefährden dürfe und die Arbeitskräfte zufriedenstellen solle“ (316).

Nichtsdestotrotz: Dem Buch ist eine breite Leserschaft zu wünschen. Warum? Zum einen ist das gerade im Mittelteil thematisch breite Panorama höchst anregend und kurzweilig geschrieben. Zum anderen lauern gleich um die Ecke der Kritik am herrschenden Leistungsverständnis zwei weitere essenzielle, von Verheyen aber ausgeklammerte Fragen: Wie wollen wir es mit der wachsenden Ungleichverteilung einschließlich der wachsenden Armut halten? Und: Soll es dabei bleiben, dass gesellschaftliche Aufstiege weiterhin so unwahrscheinlich bleiben, wie sie es derzeit sind, der jeweilige gesellschaftliche Status also weitgehend vererbt wird?

Aber auch an Marx orientierte Leser stellt Verheyen (unbewusst) eine Frage. Dass Marx mit dem Begriff Leistung nicht operierte (199) stimmt – nicht ganz. In der „Kritik des Gothaer Programms“ kommt der Begriff vor im Zusammenhang mit der Frage nach dem Verhältnis unterschiedlichen Leistungsvermögens und unterschiedlicher Leistung und wie bzw. auf welcher Basis das gesellschaftlich erzeugte Produkt verteilt werden soll. „In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, [...] nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem [...] alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann [...] die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder [leistet – d. Rezensent] nach seinen Fähigkeiten, [vom gesellschaftlichen Produkt wird verteilt gemäß des Prinzips – d. Rezensent] je-

dem nach seinen Bedürfnissen!“ (MEW 19: 21).

Die oben zitierte Frage, wie denn sonst verteilt werden solle, wenn nicht nach Leistung, setzt bei Verheyen fort: „An alle das Gleiche oder an jeden nach seinem Bedürfnis? Wer soll dieses Bedürfnis dann definieren?“ (10). Die Nähe zur Marxschen Frage springt ins Auge, eine Antwort gibt sie jedoch nicht. Ob sich Verheyen dieser Nähe bewusst ist? Ein Quellenhinweis fehlt jedenfalls.

Olaf Gerlach

Zum „Ende der Klimakrise“

Luisa Neubauer, Alexander Repenning, Vom Ende der Klimakrise. Eine Geschichte unserer Zukunft, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2019, 304 Seiten, 18,- Euro

Im Herbst 2019 erschien „Vom Ende der Klimakrise“ von Luisa Neubauer und Alexander Repenning in den deutschen Buchläden. Über weite Teile ist der Text gemeinsam verfasst, immer wieder gibt es aber auch namentliche gekennzeichnete Beiträge. Da Neubauer zwischenzeitlich schon zur ‚deutschen Greta Thunberg‘ gekürt wurde, haben wir es hier durchaus nicht mit irgendeinem Buch zur Thematik zu tun, sondern können, zumindest was Deutschland anbelangt, mit Fug und Recht von einer zentralen Veröffentlichung sprechen. Diesen Anspruch haben die Autorin und der Autor augenscheinlich auch selber, immerhin formulieren sie in ihrem Epilog im Namen der neuen Ökologiebewegung recht selbstbewusst: „Wir wissen, was gemacht werden muss. Wir wissen auch, wie. Und vor allem wis-

sen wir: dass es möglich ist“ (280). Grund genug, sich etwas ausführlicher mit diesem Buch auseinanderzusetzen. Vor allem, weil es nicht ein Buch neben oder über FFF (Fridays for Future) ist, sondern direkt aus der Bewegung kommt.

Wer in den letzten Wochen und Monaten Veranstaltungen von und mit FFF in Deutschland besucht hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dort bezüglich des großen Ziels – die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts unter zwei Grad Celsius zu halten – zwei nicht unproblematische Vorstellungen bzw. Forderungen omnipräsent waren und sind. Zum einen die Vorstellung, Klimaschutz sei vor allem eine Frage des Bewusstseins und könne dementsprechend letztlich nur durch individuelles Umsteuern gebremst werden. Auf die Klimakrise müsse das Individuum also reagieren, indem es sein Konsumverhalten ändere. Da FFF recht heterogen ist, ist diese Position ganz sicher nicht die eines/einer jede*n Aktivist*in der Bewegung, bleibt aber dennoch ein nicht zu überhörender Grundtenor bei öffentlichen Auftritten. Aber auch wo FFF die Idee des individuellen Konsumverzichts überschreitet und stattdessen politische Forderungen stellt, gibt es zumindest eine große Schwachstelle. Gemeint ist die Forderung nach CO₂-Bepreisung, bei der sich die deutsche FFF-Sektion mittlerweile mit 180 Euro pro Tonne ausgestoßenem CO₂ sogar konkret festgelegt hat.

Abgesehen von den enormen Abwehrreflexen, die eine solche Forderung vor allen bei denjenigen auslösen dürfte, die nicht das Glück hatten, auf der Sonnenseite dieser Gesellschaft zu stehen, ist sie unseres Erachtens proble-

matisch, weil sie impliziert, der Markt oder zumindest Marktmechanismen könnten die Klimakrise lösen. An anderer Stelle hatten wir deshalb argumentiert, die Linke dürfe die soziale und die ökologische Frage nicht gegeneinander ausspielen sondern müsse diese – mit einem Angriff auf das bürgerliche Eigentum – zusammenführen. Etwa durch die Forderungen nach einer Vergesellschaftung des Energiesektors, einem kostenlosen ÖPNV, einer radikalen Arbeitszeitverkürzungen oder energetischen Sanierungen des Wohnraums bei Verbot von Mietsteigerungen. Nur über diese Kämpfe kann der Blick frei werden für den eigentlichen Widerspruch: für den kapitalistischen Wachstumszwang und die planetaren Grenzen als dessen stofflicher Basis.

Wer diesen Widerspruch ernst nimmt und sich diesbezüglich für die Entwicklung von FFF interessiert, kommt um das Buch von Neubauer und Repenning nicht herum. Denn dieses zeichnet recht offen und eindrucklich Diskussionen, Fragestellungen und Entwicklungen innerhalb der neuen Ökologiebewegung nach. Der Grundwiderspruch von endlosem Wachstum und endlichen Ressourcen ist dabei durchaus erkannt und wird in einem Sammelsurium von Ideen und Kritiken verarbeitet. Dabei wird die Prozesshaftigkeit der neuen Bewegung, wie auch die eigene Weiterentwicklung, angedeutet. Und in diesen Schilderungen werden, mal mehr, mal weniger bewusst, Schwachstellen der bisherigen Diskussionen um die Klimakrise aufgezeigt. Um die Schlüsselfragen wird dabei kein großer Bogen gemacht, auch wenn die Antworten teils ambivalent ausfallen mögen. Aber der Reihe nach:

Der Markt: Bereits einleitend wird festgehalten, dass „die Weltwirtschaft darauf angelegt ist, dass die Zerstörung der globalen Ökosysteme anhält“ (31). Denn „[g]lobale Erwärmung, Umweltzerstörung und wachsende Ungleichheit sind vor allem die Folgen einer entfesselten Wirtschaftsweise, die auf Profit und Quartalszahlen ausgerichtet ist, nicht aber auf das Wohlergehen von Mensch und Natur“ (76f.). Ob unsere „Wirtschaftsweise“ dafür „entfesselt“ sein muss, sei einmal dahingestellt. Davon abgesehen wäre hier ein sehr guter Ausgangspunkt gefunden, von dem aus man sich der Klimakrise nähern muss.

Dass die politischen Repräsentanten dieser Gesellschaftsordnung den Markt dagegen unbedingt verteidigen wollen legt Neubauer eindrucksvoll dar und paraphrasiert das Gegenüber mit scharfer Zunge: „Aber der Markt wird das ja regeln. Denn der Markt kann das. Die unsichtbare Hand des Marktes wird die Probleme für uns anpacken, sie wird die besten Mittel suchen und finden. Der Markt wird uns den Weg zum Erreichen der Klimaziele aufzeigen und uns dabei unseren ‚Wohlstand‘ unser ‚Wachstum‘ unsere Industrie und Arbeitsplätze lassen“ (49). Dem ‚Märchen von ewigem Wachstum‘ wird entschlossen entgegengehalten: „Der Weg in den Untergang ist [...] mit gut gemeinten, marktbasieren Instrumenten gepflastert“ (154) – wohl wahr gesprochen!

Das Bewusstsein und der Konsumverzicht des Individuums: Aber nicht nur dem politischen Gegner hat Neubauer gut zugehört. Auch auf den eigenen Veranstaltungen stößt ihr einiges auf, vor allem bezüglich der Konsumkritik, die sie als „Klimaschutz-im-Alltag-

Frage“ benennt: In langen Diskussionen wird dargelegt, dass es um nicht weniger als die ‚wohl komplexeste Krise der Menschheitsgeschichte‘ geht, um ‚systemische Fragen‘ und einen ‚strukturellen Wandel‘. Und diese Angelegenheit wird dann, „in ein, zwei Sätzen auf ein individuelles Konsumverhalten reduziert“ und die meisten Veranstaltungen enden mit gut gemeinten Ratschlägen und Fragen nach individuellen Verhaltensmustern; „Mehr Fahrrad fahren und Tofu braten, damit wir uns gut fühlen [...]“ (91). Die Tatsache, dass hohes Umweltbewusstsein nur sehr bedingt positive Auswirkungen auf den Klimaschutz hat, benennen Neubauer und Repenning ziemlich eindeutig: „[G]erade die Haushalte, die über sich selbst angeben, umweltbewusst zu wirtschaften [sind] auch diejenigen mit dem höheren CO₂-Fußabdruck“. Ergo: „Solange die Rahmenbedingungen also nicht grundlegend verändert werden, ist Konsumkritik allein wirkungslos“ (101). Um dies etwas flotter zu verpacken wird sogar Adorno in Anschlag gebracht: „Es gibt kein nachhaltiges Leben in einer nicht-nachhaltigen Gesellschaft“ (37). Nicht nur beim Markt, sondern auch bei der Frage nach Verzicht, finden sich im Buch also recht deutliche Worte.

Soziale Frage und Kinder der Mittelschichten: Bekanntlich handelt es sich bei FFF nicht einfach um Schüler*innen, sondern vor allem um die Kinder der Mittelschichten. Dies ändert natürlich rein gar nichts an den Fakten zur Klimakrise, die FFF ins Zentrum des gesellschaftlichen Diskurses gebracht hat, kann aber durchaus Auswirkungen auf ihre Forderungen haben, etwa die genannte CO₂-

Bepreisung. Konkrete Ideen, wie sich der vermeintliche Widerspruch zwischen sozialer und ökologischer Frage aufheben ließe, finden sich im Buch leider nicht. Aber immerhin wird die Problematik gesehen, oder zumindest erahnt: „Für Mittelschichtskinder wie uns“ (35) ist es leicht „mit Hunderten anderen auf der Straße zu rufen ‚Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!‘ [...] Weniger leicht ist es, diesen Ausruf, in dem so viel Vorwurf und Anklage mitschwingt, in ein Gespräch mit denen, die uns gegenüberstehen, zu übersetzen [...] diejenigen des Diebstahls zu bezichtigen, die all das hier erarbeitet haben.“ (Ebd., 66).

Das Aufeinandertreffen von sozialer und ökologischer Frage ist hier gut beschrieben und bereits bei der genannten und ähnlichen Parolen scheiden sich die Geister. Wer das Gefühl hat sehr hart zu arbeiten und trotzdem am Ende des Monats genau auf sein Konto schauen muss, steht der (neuen) Ökologiebewegung meistens skeptisch oder sogar ablehnend gegenüber. Im Gegensatz zu vielen ihrer Mitstreiter*innen wissen Neubauer und Repenning immerhin, dass es notwendig ist politische Mehrheiten zu finden. Ihre Idee, deshalb „positive Klimabilanz mit Genuss und Luxus“ in Verbindung zu bringen (Ebd., 97) ist zwar sehr gut, hilft einem in dieser Abstraktheit aber zunächst recht wenig. Ähnlich steht es um den Hinweis, genannte Demoparole nur „gegen Schlüsselakteur*innen in Politik, Finanzwelt und Wirtschaft“ (Ebd. 67) zu wenden. Wie genau soll das gelingen? Geschmälert werden die guten Ansätze dann auch noch dadurch, dass an anderer Stelle positiv auf Ulrich Brandt und dessen Theorie der ‚imperialen Lebensweise‘ Bezug

genommen wird (167ff.). Bei Brandt geht es aber gerade nicht darum, ökologische Nachhaltigkeit mit ‚Genuss und Luxus‘ zu assoziieren, sondern um eine Kritik am Lebensstandard der gesamten Bevölkerung des globalen Nordens!?

Fehlende Antworten: Diese Ambivalenz zieht sich letztlich durch das gesamte Buch. Auch wenn zentrale Problemstellungen der gegenwärtigen Klimadiskussion gut benannt werden, so fallen die Antworten widersprüchlich aus. Der Markt, die Theorie vom Konsumverzicht, das Ignorieren der sozialen Frage; all dies wird direkt benannt und dies ist die große Stärke des Buches. Aber wie steht es um die Lösungen?

„Die Welt, in der wir aufwachsen, ist durch eine verblüffende Fantasielosigkeit geprägt. Wo sind die inspirierenden Zukunftsbilder und Erzählungen, die als Leitbild am Horizont einer gesellschaftlichen Transformation stehen?“ fragen die Autor*innen zu Recht (77). Leider fallen sie hierbei selber auch nicht gerade positiv aus dem Rahmen. „Bevor man auf die Idee kommt, das menschengemachte System ‚des Marktes‘ verändern zu wollen, verändert man halt lieber das natürliche System des Weltklimas“ heißt es zunächst richtungsweisend. Aber worin besteht nun die eigene, ‚inspirierende Zukunftsvision‘? Hier findet man überwiegend ‚ordnungsrechtliche Maßnahmen, Regulierungen, Verbote und Anreize‘ (vgl. 144). Und nicht nur das. Letztlich scheint alles eine Frage des ‚politischen Willens‘ und „[e]inzelne Aspekte marktbasierter Ansätze können sicherlich Teil der Lösung sein“ (Ebd., 158). Nicht von ganz ungefähr kommt hier die Berufung auf Kate Raworth und das Ziel ‚Ökonomie

wieder in die Gesellschaft und die Natur ein[zu]betten“ (177). Statt einer Kritik am Kapital als gesellschaftlichem Verhältnis, eine dichotome Gegenüberstellung von Ökonomie und Gesellschaft.

Deshalb muss man das Buch aber nicht in alter Tradition als halbherzig oder kleinbürgerlich brandmarken, sondern wird gut daran tun, es als Ausdruck der Entwicklung der entstehenden Ökologiebewegung zu betrachten. Nicht ganz zufällig ist Neubauer bislang auch Mitglied bei den Grünen, also der Partei, die geradezu idealtypisch für die Behauptung steht, die drohende ökologische Katastrophe innerhalb dieser Gesellschaft lösen zu können. Dies dürfte bis auf weiteres auch die Hoffnung der Mehrheiten innerhalb der neuen Bewegung sein. Bis zum Juni 2019, so räumt Neubauer freimütig ein, hat sie sogar noch die Hoffnung gehegt, Merkel könne für eine große Transformation gewonnen werden. Damit stand sie sicherlich nicht alleine. Die reale Entwicklung aber hat dann dazu geführt, dass diese Hoffnung verflog und die Bewegung sich radikalisieren musste. Dies ist nicht bloß eine Frage politischer Präferenzen.

Wie dem auch sei: Der Widerspruch von kapitalistischem Akkumulationszwang und planetaren Grenzen wird mehr und mehr diskutiert und die Aktivist*innen werden anfangen müssen, sich genauer mit Alternativen zur Marktgesellschaft auseinanderzusetzen. Davon zeugt „Vom Ende der Klimakrise“ allemal und ist deshalb spannend zu lesen. Dies gilt unabhängig davon, ob die zwei Autor*innen bei ihren oft halbherzigen Antworten verharren werden oder nicht.

Christian Hofmann

Berufsverbote

Heinz-Jung-Stiftung (Hg.), Wer ist denn hier der Verfassungsfeind! Radikalenerlass, Berufsverbote und was von ihnen geblieben ist, PapyRossa Verlag Köln 2019, 232 S, 18,- Euro

Berufsverbote? – Die meisten Jüngeren können mit diesem Begriff nichts anfangen. Das damit bezeichnete dunkle Kapitel in der Geschichte der Bundesrepublik passt ja auch gar nicht in die große Erzählung von Politik und Mainstreammedien, wonach Westdeutschland in Sachen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geradezu vorbildlich war. Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung Oppositioneller – das hat es in der DDR gegeben, aber in Westdeutschland?

Umso verdienstvoller ist die kritische Bestandsaufnahme und Analyse dieser gerne verdrängten Praxis, die der hier besprochene Sammelband leistet. Das Buch beginnt mit einem Geleitwort der GEW Hessen, das die damalige, durchaus zwiespältige Haltung der Gewerkschaft gegenüber den Berufsverbotsopfern – einerseits Rechtsschutz, andererseits Unvereinbarkeitsbeschlüsse – kritisch in den Blick nimmt. Es folgen mehrere analytische Darstellungen, welche die politische Funktion und die gesellschaftlichen Auswirkungen der Berufsverbote behandeln. Georg Fülberth nennt in seinem Überblick drei Deutungsmuster, nämlich die Fortsetzung der spezifisch deutschen Tradition des staatlichen Kampfes gegen die Linke, das regierungstaktische Manöver zur Absicherung der sozialliberalen Regierungskoalition sowie die Funktion als gegenwärtiges und zukünftiges Herrschaftsinstrument. Den ab 1972 verhängten Berufsverboten, so Fülberth,

komme eine Langzeitwirkung zu: „Sie trugen zur Zähmung der Intelligenz und einem fortwirkenden Duckmäusertum bei.“ (33)

Welcher Formen sich die staatliche Repression gegen Linke in der deutschen Geschichte von 1815 bis 1945 bediente, beschreibt Patrick Ölkrug, einer der beiden Redakteure des Bandes, sodann im Einzelnen. Der Bogen spannt sich dabei von der berüchtigten, durch Metternich initiierten „Demagogenverfolgung“ über Bismarcks „Sozialistengesetz“ bis hin zur angeblichen „Wiederherstellung des nationalen Berufsbeamtentums“ durch das Nazi-Regime, indem alle jüdischen und oppositionell eingestellten Beamten ab 1933 entlassen wurden.

Der Beitrag von André Leisewitz analysiert die besondere politische Konstellation, welche die Ministerpräsidenten der Bundesländer sowie den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt im Jahre 1972 zum „Radikalenerlass“ veranlasste: Auf der einen Seite wurde im Zuge der sog. Entspannungspolitik die Neugründung einer kommunistischen Partei in Westdeutschland geduldet, auf der anderen Seite sollte deren Einfluss durch Repressionsmaßnahmen aber möglichst klein gehalten werden. Dabei traf sich, wie Leisewitz herausarbeitet, die CDU mit dem rechten Flügel der SPD, der vor allem die plötzlich entstandene Konkurrenz „auf der Ebene von Betrieben und Gewerkschaften, im Milieu von Industrieregionen und Großstädten, im öffentlichen Dienst, an den Hochschulen und z. T. auch in der Kulturpolitik“ fürchtete (59).

David Salomon beleuchtet sodann die demokratietheoretischen Implikationen der Berufsverbotepraxis und analysiert

u. a. die Funktionsweise der Totalitarismus- und später der Extremismustheorie, welche die angeblich einzig demokratische „Mitte“ verklärt und die „Extremisten“ von links und rechts als vorgeblich wesensverwandt diskreditiert. Dominik Rigoll zeigt, wie nicht zuletzt aufgrund dieser politisch gezielt eingesetzten Zuschreibungen der Verfassungsschutz seine Rolle immer weiter ausbauen konnte und seine Überwachungspraxis weit über die von den Bundesländern erlassenen „Richtlinien“ hinaus handhabte: Sie meldeten den Einstellungsbehörden nicht nur „Erkenntnisse“ über die Mitgliedschaft in einer angeblich „verfassungsfeindlichen“ Partei, sondern auch „das Verfassen eines Schülerzeitungsartikels, die Anmeldung einer Anti-NPD-Demonstration oder die Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung im KZ Ravensbrück“ (87).

Im Mittelteil des Buches werden einige exemplarisch ausgewählte Fälle von Berufsverböten dargestellt, und zwar die Schicksale von Dorothea Vogt, Barbara Larisch, Silvia Gingold, Herbert Bastian, Horst Holzer und aus neuerer Zeit Michael Cszazkóczy. Otto Jäckel sowie der kürzlich verstorbene Klaus Dammann schildern als Rechtsanwälte der Betroffenen das schließlich erfolgreiche Verfahren Dorothea Vogts vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Rolf Gössner den vergeblichen Versuch Michael Cszazkóczys, seine Überwachung durch den Verfassungsschutz vom Verwaltungsgericht Karlsruhe für unzulässig erklären zu lassen. Auch Silvia Gingold war insoweit nicht erfolgreich, wie Norbert Birkwald und Dominik Feldmann darlegen.

Was fehlt, ist eine juristisch-wissenschaftliche Analyse der Zurichtung des Beamten- sowie des Verfassungsrechts durch die Berufsverbotepraxis. Insoweit sind einige Ausführungen in diesem Buch ungenau: Es war nicht etwa das beamtenrechtliche Mäßigungsgebot bei politischer Betätigung (184), das die zentrale Legitimation für die Verhängung von Berufsverboten darstellte, sondern die – jetzt in § 33 Abs. 1 S. 2 Beamtenstatusgesetz normierte – Treuepflicht sowie die ebenfalls unveränderte „Gewährbietsklausel“. Beide sind aber keineswegs auf die jeweilige Regierung oder auch den sozioökonomischen Status quo der Machtverhältnisse bezogen, sondern nur auf die „freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“. Dieser Verfassungsbegriff ist eben nicht „vielfach unbestimmt“ (so S. 19), sondern bezeichnet nur den Kernbestand unseres Grundgesetzes – mehr nicht. Dies hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinem zweiten NPD-Urteil vom 17. Januar 2017 ausdrücklich bestätigt. Pikant ist dabei, dass das Gericht die Möglichkeit gleichberechtigter Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung in diesem Zusammenhang als „unverzichtbar für ein demokratisches System“ bezeichnete. Genau diese gleichberechtigte Teilnahme aller – also auch Oppositioneller – wurde durch die Berufsverbote aber gerade negiert. Die Einführung der Kategorie der „Verfassungsfeindlichkeit“ in Rechtsprechung und Sicherheitspolitik, schreibt David Salomon treffend, kommt aufgrund der Unbestimmtheit des Begriffs „letztlich einer Ermächtigung der jeweils stärksten Fraktion zur willkürlichen Verfolgung politischer Gegner gleich. Sie wi-

derspricht allen Grundsätzen demokratischer Willensbildung.“ (76). Es handelte sich mithin, wie z. B. Helmut Ridder schon 1976 scharfsichtig kritisierte, nicht nur um Berufsverbote gegen Einzelne, sondern um ein Demokratieverbot.

Im Schlussteil des Buches zeichnet Dominik Feldmann die Entwicklungslinien der administrativen Praxis in den verschiedenen Bundesländern nach und beobachtet dabei Tendenzen einer „Revitalisierung“ in Bayern und Baden-Württemberg (190). Der Öffentlichkeit verkauft wird diese vor allem als Instrument zur Abwehr des „Rechtsextremismus“ im öffentlichen Dienst. Das provoziert die Frage, ob Antifaschistinnen und Antifaschisten sich für ein Berufsverbot wegen AfD-Mitgliedschaft stark machen sollten – leider wird diese Frage in dem hier besprochenen Sammelband nicht erörtert. Sie ist indessen aus der Sicht des Rezensenten strikt zu verneinen, und zwar nicht nur aus rechtlichen Gründen: Angesichts des nach wie vor virulenten Feindbilds bei Verfassungsschutz und maßgeblichen Teilen der Exekutive steht zu befürchten, dass dieses Instrumentarium in der Praxis – wie bisher – fast ausschließlich gegen Linke zur Anwendung kommt. In der Tat sprach Bundesinnenminister Horst Seehofer schon im Februar 2019 davon, dass sich eine Prüfung der beamtenrechtlichen Möglichkeiten auf „Rechts- wie auf Linksradikale“ beziehen solle. Noch steckt der Knüppel im Sack, er „ist aber noch da“, warnt Georg Fülberth mit gutem Grund (33). Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die VVN ist ein deutliches Signal, dass für die Herrschenden der Feind immer noch links steht, auch

wenn dies mit dem Begriff des „Extremismus“ verbrämt wird. Die hier vorgelegten Analysen und Schilderungen leisten nicht nur wichtige Aufklärung über eine verdrängte Vergangenheit. Sie können darüber hinaus als Mahnung gelesen werden, dass der Geltungsanspruch der Demokratie auch in der Zukunft wachsam und entschieden verteidigt werden muss.

Martin Kutscha

Die Résistance

Ulrich Schneider, Die Résistance. PapyRossa-Verlag Köln, 2019, Reihe Basiswissen, 128 S., 9,00 Euro

Ulrich Schneider ist Historiker. Folglich beginnt seine Abhandlung zur Résistance im Kapitel 1: „Die Vorgeschichte des französischen Widerstandskampfes“ (7ff.) folgendermaßen: „Um die Geschichte der französischen Widerstandsbewegung zu verstehen, ist es notwendig, die französische Innenpolitik und die internationalen Rahmenbedingungen zu betrachten. Diese sind in vielfältiger Form beeinflusst durch das deutsch-französische Verhältnis seit dem Ende des Ersten Weltkrieges und den Umgang mit dem deutschen Faschismus.“

Das vorliegende Buch behandelt auf knapp 160 Seiten die Vorgeschichte der Résistance, die Geschehnisse des Widerstandes selbst und seine Bedeutung „und die Erinnerung an den antifaschistischen Kampf bis heute“ (Kap. 6) in sechs großen Kapiteln, die wiederum in stark 30 Unterkapitel aufgeteilt sind.

Das Kapitel „Der deutsche Angriff. Das Vichy-Regime und die Anfänge der Résistance“ schließt sich an die Vorgeschichte an. Frankreich ist end-

gültig geteilt in die Kräfte der Kollaboration, die der parlamentarischen Republik ein Ende bereiten wollen, und des beginnenden Widerstands.

„Der Widerstand nach dem deutschen Einmarsch in das ‚unbesetzte Frankreich‘“ ist das dritte Kapitel überschrieben. Hier beweist der Autor vielerlei Detailkenntnisse, wenn es etwa um (67) die große Vielfalt von Zeitungen und Zeitschriften geht, die im antifaschistischen Widerstand entstanden (und die teilweise auch die ersten Nachkriegsjahre überstanden).

Die wichtige Dimension des „Internationalen Widerstandes – Deutsche in der Résistance“ wird im vierten Kapitel bearbeitet – hier profitiert Ulrich Schneider neben seinen tiefen Literaturkenntnissen auch von seiner Freundschaft zu Etty und Peter Gingold.

Im Jahre 1944 spitzte sich die Lage in Gesamteuropa wie in Frankreich zu. „Zwischen Besatzungsterror und Befreiung des Landes – das Jahr 1944“ überschreibt der Autor sein fünftes Kapitel. Auch hier eine Leseprobe (95), die die Lebendigkeit des Textes unter Beweis stellen soll: „Zwar lautete der Tagesbefehl des Komitees (Comité d’organisation militaire et d’action combattante, COMAC, JMB) am 1. Juni 1944 ‚Die Widerstandsbewegung muss kämpfen‘, das war aber leichter gesagt als getan. Denn von den etwa 400.000 Kämpfern der verschiedenen Maquis und Partisanengruppen waren nur etwa 200.000 bewaffnet. Schweres Kriegsgerät, mit dem beispielsweise Panzerverbände der SS und der Wehrmacht bekämpft werden konnten, war überhaupt nicht vorhanden.

Damit fiel der Résistance im Rahmen der alliierten Landung in der Norman-

die im Juni 1944 vor allem in den nördlichen Landesteilen die Rolle zu, den Zug- und Schiffsverkehr der Wehrmacht, ihre Nachschubkonvois und Nachrichtenverbindungen zu stören. In Erwartung einer zweiten Invasionswelle vom Mittelmeer her begannen im Juni 1944 in Südfrankreich ebenfalls umfangreiche Kampfaktionen, bei denen es gelang, die Besatzungseinheiten zu überraschen und ganze Dörfer und kleinere Städte zu befreien.“ Die Befreiung von Paris (100 ff.) wird auf den folgenden Seiten eindrücklich geschildert, vor allem die Rolle der verschiedenen französischen Kräfte der Résistance.

„Die Bedeutung der Résistance und die Erinnerung an den antifaschistischen Kampf bis heute“ beschließt das Buch des Historikers Ulrich Schneider. Hierin geht er (119) auch auf die Spaltung Frankreichs in Résistance und Collaboration ein, die das Land noch lang Jahre nach 1945 spalten, ja zerreißen sollte: „Bekanntermaßen hat es außer in Wirtschaft und Kultur auch in Frankreichs Armee, Polizei und Verwaltung eine große Anzahl von Kollaborateuren gegeben – Zuträger für die Gestapo, Polizeikräfte, die kritiklos die Anordnungen aus Vichy umsetzten und bereitwillig den Forderungen der deutschen Besatzer folgten.“

Das Buch Ulrich Schneiders ist, von großer Detailkenntnis geprägt, leicht zu lesen und – wie aufgezeigt – in überschaubare Kapitel unterteilt. Möglicherweise hätte der bürgerliche Widerstand, der neben vielen anderen vom desertierenden General de Gaulle repräsentiert wurde, eine umfassendere Würdigung verdient.

Die Literaturliste des Buches ist der

Reihe „Basiswissen“ angemessen – sie enthält nahezu alle wichtigen Beiträge, sei es französischer Provenienz, sei es aus beiden deutschen Staaten. Auch hier stünden, als Ergänzung, Werke aus dem bürgerlichen Widerstand dem Gesamtbild gut zu Gesicht.

Der Band „Die Résistance“ von Ulrich Schneider eignet sich hervorragend, wie viele andere aus der verdienstvollen Reihe des Kölner Verlages, als substanzielle Einführung in ein wichtiges Kapitel der französischen und französisch-deutschen Geschichte für Schüler*innen, Studierende und für alle politisch Interessierten.

Wie wichtig ein derartiges Buch ist, wie wichtig es auch in den heutigen Zeiten für die deutsche Szenerie sein könnte, beobachtete der Rezensent zuletzt am 8. Mai 2019 an seinem zweiten Wohnsitz im französischen Midi. Hier wurde bei der alljährlichen Commémoration für den „Tag der Befreiung“ (in deutschen Landen ist häufig noch vom „Tag der Kapitulation“ die Rede) unter großer Beteiligung der Dorfbevölkerung von Schulkindern Briefe aus dem Widerstand wie auch von KZ-Häftlingen vorgetragen: Frankreich steht hier zu seiner historischen Verantwortung und nimmt die nachwachsende Generation ins Boot.

Johannes M. Becker

Mosambikaner in der DDR

Ulrich van der Heyden, Das gescheiterte Experiment. Vertragsarbeiter aus Mosambik in der DDR-Wirtschaft (1979-1990). Leipziger Universitätsverlag 2019, 725 S., 42,50 Euro

Die DDR hatte zu keinem anderen Entwicklungsland so enge Beziehun-

gen wie zu Mosambik. Politiker beider Länder sprachen von „besonderen Beziehungen“. Diese Beziehungen sind schon häufig Gegenstand von Untersuchungen geworden, oft jedoch unter Vermeidung der erforderlichen Quellenkritik, um zu Aussagen im Sinne des aktuellen Zeitgeistes zu gelangen. Van der Heyden setzt sich mit tendenziösen Darstellungen auf der Basis des in Berliner Archiven vorhandenen reichhaltigen Quellenmaterials auseinander. Auch lässt er Vertragsarbeiter zu Worte kommen.

Bereits im Jahre 1963 schlossen das Solidaritätskomitee der DDR und die FRELIMO¹ die erste Vereinbarung zur Unterstützung der ostafrikanischen Befreiungsorganisation. Fachleute für Landwirtschaft und Industrie wurden in der DDR ausgebildet. Verwundete FRELIMO-Mitglieder wurden medizinisch behandelt. Der Aufbau von Schulen und von sozialen Einrichtungen in den befreiten Gebieten wurde unterstützt. Die DDR nahm zu der ehemaligen portugiesischen Kolonie noch am Tage der Proklamation der Unabhängigkeit, also am 25. Juni 1975, diplomatische Beziehungen auf. Die Bundesrepublik, die wegen ihrer langjährigen Zusammenarbeit mit dem NATO-Bündnispartner Portugal bei den Feierlichkeiten nicht erwünscht war, nahm an den Zeremonien zur Unabhängigkeit nicht teil. Van der Heyden betont, dass das Verhältnis der beiden deutschen Staaten gegenüber der FRELIMO und dem portugiesi-

schen Kolonialsystem nicht nur verschieden war, sondern diametral andere Interessen widerspiegelte.

Am 24. Februar 1979 wurde das „Abkommen zwischen der Regierung der Volksrepublik Moçambique und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die zeitweilige Beschäftigung von moçambiquanischen Werkträgern in sozialistischen Betrieben der DDR“ abgeschlossen. Dieses Abkommen war eingebettet in ein ganzes System zwischenstaatlicher Verträge.

Journalistische und wissenschaftliche Beiträge zum Thema Arbeitsmigration behaupten immer wieder, dass die Ausbeutung der Vertragsarbeiter durch die DDR schon dadurch bewiesen werden könne, dass ein Teil ihres Lohnes nicht ausbezahlt wurde, sondern in ihre Heimat transferiert wurde. Dem hält van der Heyden entgegen, dass laut staatlichem Abkommen ein Teil der erarbeiteten Löhne an die mosambikanische Staatsbank überwiesen wurde, weil dadurch ein Teil der immer stärker ansteigenden Schulden bei der DDR abgebaut werden konnte und weil zum anderen das überwiesene Geld den Vertragsarbeitern nach ihrer Rückkehr – umgerechnet in ihre Landeswährung – zur Verfügung stehen sollte. So sei es bis 1989 geschehen. Jedoch sollen die transferierten Gelder zu Beginn der 90er Jahre von korrumpierten Beamten in Maputo unterschlagen worden sein, so die Anklage der Betroffenen. Viele der Madgermanes² fühlen sich von ihrem Staat betrogen.

¹ Frente de Libertação de Moçambique (deutsch: Mosambikanische Befreiungsbewegung und seit 1977 eine politische Partei in Mosambik.

² Bezeichnung für heimgekehrte mosambikanische Vertragsarbeiter, welche aus einer Verbindung von „verrückte Deutsche“ und „Made in Germany“ entstanden sein soll.

Insgesamt waren von 1979 bis 1989 22.161 Werk­tätige aus Mosambik in der DDR tätig, wovon 21.000 Industrieerfahrung erwarben. Es handelte sich dabei um Bürger im Alter von 18 bis 25 Jahren (männlich und weiblich), die mindestens eine Grundschulbildung (4. Klasse) hatten und die durch das Ministerium für Arbeit der Republik Mosambik ausgewählt wurden. Vor der Aufnahme der produktiven Tätigkeit in der DDR wurden die Vertragsarbeiter in einem ein- bis dreimonatigen Lehrgang auf die zukünftige Arbeit vorbereitet, der insbesondere der Vermittlung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache und der zukünftigen Tätigkeit diente. In dieser Zeit erhielten sie den gesetzlichen Mindestlohn von 400,- M. Die weitere Beschäftigung und Qualifizierung erfolgte auf der Basis gleicher Rechte und Pflichten, wie die der Werk­tätigen der DDR. Pro Tag des Aufenthaltes erhielten sie zusätzlich zum Lohn eine Trennungentschädigung von 4,- M. je Tag. Nach ihrer Einreise stand ihnen eine Einkleidehilfe in Höhe von 300,- M zu. 25 Prozent des Nettolohnes konnten die Vertragsarbeiter ab dem vierten Monat nach Mosambik transferieren. Von Ausbeutung und Sklavenarbeit, wie in tendenziösen Darstellungen behauptet wird, konnte also keine Rede sein.

Bis zur Wende geheim gehaltene Nutzungsberechnungen zum Einsatz von Vertragsarbeitern aus dem Ausland ergaben, dass für diese im Vergleich zu Arbeitern der DDR ein Mehraufwand von 8.000 bis 10.000 Mark pro Jahr erbracht werden musste. Die Arbeitsleistungen der Mosambikaner betrugten 1987 ca. 80 Prozent im Vergleich zu Werk­tätigen der DDR. Ausführlich geht van der Heyden auf die Konflikte

ein, die in der vorliegenden Literatur oft sehr aufgebauscht werden, so auf das Problem der Schwangerschaft (Mosambik bestand auf sofortiger Heimkehr), auf rassistische Ressentiments, Rassismus und Neokolonialismus. Zu Recht weist er darauf hin, dass die Ereignisse nach der Wende und vor allem nach der Wiedervereinigung eine völlig andere Entwicklung genommen haben, als es sich die Mehrzahl der dort lebenden Menschen erhofft hatte. Verschiedentlich stellt der Verfasser Bezüge zu Arbeitsmigranten aus anderen Ländern her. Er meint, dass diese Erscheinung seit Beginn der 50er Jahre zu beobachten war. Vergessen wurde, dass schon in der zweiten Hälfte der 40er Jahre eine griechische Emigration in die Sowjetische Besatzungszone zu verzeichnen war.

Exakte Angaben macht van der Heyden zur militärischen Hilfe der DDR für Mosambik. Im Dezember 1974 erbat Samora Machel diese Unterstützung durch die DDR. Die DDR erklärte sich bereit, 12.000 Maschinenpistolen, 5.000 Granaten und zehn Geschütze 82 mm zu liefern. Panzer vom Typ T 34 und Panzerfäuste wurden nicht geliefert. Außerdem war die DDR bereit, 250 FRELIMO-Angehörige in den bewaffneten Organen des Landes auszubilden. Nicht bereit war die DDR, NVA-Personal in Mosambik einzusetzen.

1990 bestanden große Schwierigkeiten bei der Rückführung der Arbeitskräfte nach Mosambik. Es gab ein krasses Informationsdefizit. Die Ausländerbeauftragten und die Mitarbeiter in den Arbeitsvertretungen der neuen Bundesländer kamen ihren Verpflichtungen nur schleppend nach. Betriebe zahlten die den Vertragsarbeitern zustehende Abfindung in Höhe von 3.000,- DM

nicht immer aus. Auch die Auszahlung von dreimal 70 Prozent des Nettolohnes fiel häufig unter den Tisch. Die Rückkehr erfolgte ohne Vorbereitungszeit. Manche der erworbenen Qualifikationen konnte Mosambik nicht verwenden, weil die geplanten Investitionsvorhaben in Mosambik nicht verwirklicht wurden.

Die Rechte für Bleibewillige waren ab 1990 stark eingeschränkt worden. Sie mussten selbst eine neue Wohnung und eine Arbeitsstelle finden. In den Wohnheimen der Betriebe durften sie nur noch bis zu drei Monaten nach der Kündigung ausharren. Gemäß Einigungsvertrag bestand das Recht, in Deutschland zu bleiben, jedoch nur im Gebiet der neuen Bundesländer. Mitte/Ende 1991 hatte bereits die größte Zahl der Mosambikaner das Land verlassen.

Abgerundet wird die Darstellung durch einen Anhang von 33 Dokumenten, Grafiken und statistischen Übersichten.

Siegfried Prokop

Plädoyer für einen progressionsbetonten Kulturbegriff

Jürgen Meier, Wider die Kulturzerstörer, PapyRossa, Köln 2019, 232 S., 18,00 Euro

Was ist Kultur? Wie lässt sich ein historisch-kritisches Konzept entwickeln, das in der augenblicklichen Lage brauchbar wäre und als Grundlage für eine alternative Politik dienen könnte? Dies ist kein leichtes Unterfangen, denn der Begriff wird inflationär verwendet und an Häufigkeit wohl nur noch vom Begriff der Natur (mit dem er durchaus verwandt ist) übertroffen. Die inflationären Tendenzen begannen

wohl in den 60er Jahren, als man die Alltagskultur entdeckte, um sich von der abgehobenen E-Kultur abzusetzen, für die sich in der alten BRD nur eine kleine Minderheit interessierte. Was demokratisch aussah oder mit Demokratisierungskonzepten verbunden werden konnte, artete freilich in eine Beliebigkeit aus, der keinerlei Prinzipien mehr entsprachen. Mit Kultur wurde sehr bald nur noch der – wenig erfreuliche, zumeist stagnierende – Status quo beschrieben. Dennoch setzte sich der Trend zu einem völlig inflationären (und inhaltslosen) Kulturbegriff fort. Vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten wurde dabei immer deutlicher, dass hinter den diversen Events und zyklischen Hypes der Kulturmaschine nur noch neoliberale Prinzipien standen, die die angebliche Freiheit des Einzelnen mit wirtschaftlichen Profitmotiven koppelten. Das Ergebnis: Der Begriff der Kultur ist total verflacht und verdinglicht und beschreibt so ziemlich alles, von der Badezimmer- bis zur Knastkultur, von der Autokultur bis zur Korruptionskultur. Besonders amüsant (aber kaum beanstandet oder auch nur bemerkt), wenn ausgerechnet deutsche Fußballfunktionäre von der Kultur des Gebens und Nehmens in „unterentwickelten“ Ländern sprechen oder deutsche Konzerne ihre Bestechungspraxis mit den „kulturellen“ Gegebenheiten in anderen Ländern zu rechtfertigen zu suchen. Kultur wurde zum Fetisch. Man denke nur an die Manie kleiner und kleinster Städte, zu europäischen Kulturhauptstädten ausgerufen zu werden, damit die prospektiven Besucher sich an irgendeinem Kulturdenkmal aus ferner Vergangenheit ergötzen und ansonsten ein „Stadtgefühl“ einsaugen sollen.

Meier hat sich mutig mit dieser ebenso unerträglichen wie weit verbreiteten Begriffsverwirrung auseinandergesetzt und Ansätze zu einer historisch-materialistischen Definition der Kultur geliefert. Er legt keine geschlossene Theorie vor und verfährt auch nicht historisch, etwa durch eine Gegenüberstellung von Begriffen wie bürgerliche, proletarische Kultur usw. Stattdessen setzt er bei historischen Ereignissen, wie dem „Kongress zur Verteidigung der Kultur“ von 1935, bei theoretischen Fragen (etwa dem Verhältnis von Kunst und Kultur) oder Alltagsproblemen an, an denen sich die weitgehend verlorene Funktion der Kultur zeigen lässt. Theoretische Bezugspunkte sind dabei vor allem entsprechende Konzepte bei Karl Marx und Georg Lukacs. Dessen „Zerstörung der Vernunft“ ist sozusagen das Modell. Doch die Kulturzerstörung, die Meier ausmacht, wirkt noch bedrohlicher als diejenige, vor der Lukacs in den Fünfzigern warnte. Tatsächlich ist die heutige Kulturzerstörung – und dafür ist bereits die zitierte Begriffsinflation symptomatisch – ein Indiz für die flächendeckende Herrschaft der Unvernunft, ja die Untergrabung unserer Lebensgrundlagen. Die Besinnung auf das, was Kultur historisch und theoretisch bedeutet, ist, so gesehen, lebenswichtig.

Meier setzt ein mit einem Ereignis, das 1935 große Wellen schlug: dem Kongress zur „Verteidigung der Kultur“, an dem Tausende teilnahmen, vor allem Schriftsteller und Intellektuelle, die auf diese Weise gegen die Barbarei des deutschen Faschismus protestieren wollen. Dabei ging es nicht nur um goldene Worte oder idealistische Appelle, sondern in zahlrei-

chen Beiträgen wurde deutlich, dass Kultur, damals verstanden als „hohe“ Kultur, konkrete politische Implikationen hat und mit den gesellschaftlichen Bedingungen engstens verknüpft ist: So wurde etwa der Friedensgedanke betont, der darauf beruht, dass Kunst das die Menschheit Verbindende vermittelt. Damit ist ein wichtiges Charakteristikum angesprochen, denn Kultur, wie Meier sie definiert, lässt sich nicht in nationale oder andere Kulturen auseinanderdividieren, sondern ist Ausdruck der universalen Menschheitsentwicklung. Es gibt, so gesehen, nur eine Kultur oder einen Kultivierungsprozess, so wie es nur *eine* Menschheit gibt. Die aktive und bewusste Kulturzerstörung, die die deutschen Faschisten betrieben, wurde von diesen selbst als „Kultur“ beschrieben, und zwar als arische Kultur, Kultur des Stärkeren usw., womit sich dann selbst die Barbarei rechtfertigen ließ. Insofern, darauf wies vor allem Brecht in seinem Vortrag hin, reichen moralische Appelle und Proteste gegen den alltäglichen Rassismus und die allgemeine Brutalisierung nicht aus, denn sie sind laut Brecht Ausdruck der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die sich in Krisen nur durch Barbarei stabilisieren lassen. Doch auch in Paris blieb die Frage offen, worauf sich ein praktikabler Kulturbegriff stützen könne. Eine humanistische oder idealistische Ethik à la Albert Schweitzer reicht dazu nicht aus. Moral ist an bestimmte Bedingungen gebunden, im Persönlichen durchaus bestimmend, bleibt aber partikular. Moral verweist aber auf einen größeren Zusammenhang, und zwar den von Sein und Bewusstsein sowie die historische Entwick-

lung eines Bewusstwerdungsprozesses, in dem Kunst – und Kultur – eine entscheidende Rolle spielen. Kultur ist an diesen Geschichtsprozess gebunden, entsteht aus Arbeit, Bearbeitung der Natur, und entspricht dem Bedürfnis nach Vergegenständlichung. Sie „gedeiht“ dann, und nur dann, wenn die gesellschaftliche und politische Entwicklung diesen freien Reflexionsraum eröffnet. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die Fixierung auf Profit und Krieg, erlaubt diesen Freiraum nicht. Damit wird die herrschende Kultur „von dem entfremdet, was Kultur im Allgemeinen ist, nämlich ‘Menschwerdung des Menschen‘“ (45). Diese wird dadurch erreicht, dass sich Menschen mittels des Prozesses der Arbeit „aus dem Bann der Natur“ befreien (ibid.).

Der konkrete Inhalt oder besser die Funktion der Kultur ist heutzutage verschüttet. Eine Umfrage würde diese Konfusion mühelos dokumentieren, denn für einen Fußballfunktionär (oder Politiker) gehört Korruption zur Kultur, für andere ist der Begriff identisch mit Kunst, wieder andere sehen in der Religion die echte Kultur, und Marketing- oder Konzernstrategen sprechen von den lokalen Standortvorteilen kultureller Events oder touristischer Attraktionen. Dies alles spricht dafür, dass die Kultur im Kapitalismus, in einer auf Profit, Konsum und Kriege ausgerichteten Umgebung in Zerstörung begriffen ist. Kunst, die nicht identisch mit Kultur ist, denn dazu gehören auch Philosophie und Wissenschaften, kann dennoch wirken, wenn sie sich auf ihren sozialen Auftrag konzentriert. Sie vermag es, die Widersprüche der Wirklichkeit sinnlich erfahrbar zu machen und gleich-

zeitig auf eine höhere Reflexionsstufe zu heben. Kunst kann zwischen dem Allgemeinen und dem Partikularen vermitteln, in dem sie sich auf das Besondere (das Bestimmte, den Typus) konzentriert und so in der Lage ist, Entfremdungstendenzen der Wirklichkeit sichtbar zu machen. Dazu sind Bildungsvoraussetzungen nötig, die das herrschende kapitalistische System zugunsten einer zweckorientierten verdinglichten Überflutung durch Waren und Reize abbaut oder unterminiert. Wir leben deshalb, so Meier, in einer Phase kultureller Rückschrittlichkeit, die auch durch die derzeitige Digitalisierung nicht überwunden wird, denn auch hinter dieser stehen „platte Habgier“ und gigantische Destruktivkräfte. Kurz: Der Kapitalismus „kultiviert nicht, er naturalisiert“ (66). Die Möglichkeiten der Kulturentwicklung, wie sie sich seit urgeschichtlichen Zeiten verfolgen lassen, werden nicht realisiert. Menschen erfahren sich nicht mehr als Subjekt der Geschichte, können ihre geistige und gefühlsmäßige Partikularität nicht zu Individualität entwickeln und verfallen Verrohungstendenzen, die sich auch gesellschaftlich politisch zeigen. Kultur beruht dagegen auf Reichtum, auf einem gesellschaftlichen Reichtum, der es – wie Meier im Anschluss an Marx schreibt – dem Einzelnen ermöglicht, seine Sinne zu entwickeln und damit „menschliche Wesenskräfte“ zu bestätigen, „die teils erst ausgebildet, teils erst erzeugt“ werden (MEW, 40, 541 sowie Meier, 74).

Damit sind die zentralen Ansatzpunkte der Meierschen Theorie benannt. Hier lässt sich anknüpfen, zumal in den derzeitigen Debatten kein Grundbegriff

der Kultur zugrunde gelegt wird, ein Grundbegriff, der sich bei der Analyse der gesellschaftlichen Zusammenhänge und in linker Kulturpolitik bewähren muss. Nur gelegentlich ist vom sozialen Auftrag der Kunst die Rede, manchmal von „Gegenkultur“ und zu meist beschränkt man sich auf die Nischen, die die herrschende Kulturmaschine linken Kräften überlässt (und vielleicht irgendwann nicht mehr überlässt). Hilfreich wäre es gewesen, eine stärkere systematische Bündelung der verschiedenen Aspekte anzustreben. Auch ein historischer Ansatz hätte dem Ganzen größere Durchschlagskraft verliehen. Es fehlen auch Gegenbeispiele zum Trend der Kulturzerstörung (etwa aus der DDR und anderen sozialistischen Ländern). Leider fehlen auch Drucknachweise für die einzelnen Teile, eine Bibliografie und ein – in diesen Fällen – unverzichtbares Register. Ein Nachwort hätte einen Ausblick liefern können, doch vermutlich wollte sich der Autor angesichts des Befundes nicht auf Spekulationen oder Prognosen einlassen. Die dürften ebenso schwierig sein, wie Prognosen darüber, ob die ökologische Weltkrise noch in den Griff zu bekommen ist.

Jürgen Pelzer

Computer, „Fastfoodwissen“ und Glücksgefühle

Werner Seppmann, *Kritik des Computers. Der Kapitalismus und die Digitalisierung des Sozialen*, Mangroven-Verlag, Kassel 2017, 348 Seiten, 16,80 Euro

Der Computer, ob als PC, iPad, Laptop oder Smartphone, ist heute für den größten Teil der Gesellschaft ein

selbstverständliches Werkzeug und genießt sowohl auf privater wie auf beruflicher Ebene nicht nur einen hohen Stellenwert, sondern ist oft genug auch Distinktionssymbol. Die medial forcierten und über die Digitale Agenda der Bundesregierung mit Vehemenz unterstützten Forderungen nach umfassender Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gerieren sich zunehmend zum Gesamtbild eines „Hypes“. Die Digitalisierung ist derzeit als *Wachstumsmotor Nr. 1* gesetzt und begegnet uns tagtäglich unter den Begriffen *4. Industrielle Revolution* bzw. *Industrie 4.0*, als neues Produktionsregime *Digitaler Informationskapitalismus* oder gar als Trendbegriff wie *d!conomy*. Die digitale Revolution ist deshalb von besonders kritischer Bedeutung, weil die Kommunikation zwischen den Menschen über einen radikalen Umbruch erfolgte und der vielfältige digitale Datenaustausch über die virtuelle Welt des Internets damit ganz erhebliche Veränderungen im gesellschaftlichen Umgang der Menschen untereinander mit sich brachte. Die Massen werden über das neue „EU-Plastikwort *Digitalismus*“ (Claus Leggewie) und seinen Folgen sozial geprägt, konditioniert, manipuliert und bis hin zu einer direkten *News-Sucht* bewegt. Ebenso dienen Computer und das Netz der Netze von Beginn an für sogenannte staatliche ‚*Dienste*‘ zur Kontrolle der Massen. Ebenso die *versteckten Computer*, die als solche nicht sogleich erkennbar sind. Das sind zu Mikrocontroller entwickelte Mikroprozessoren; sie kontrollieren heute Funktionen und Steuerung in unzähligen Anwendungen, Maschinen und alltäglichen Geräten, wie z.B. Fernseher, Wasch-

und Spülmaschinen, Toaster, Staubsauger, Kühlschränke, Heizungsanlagen, Türklingeln und Überwachungsanlagen. So befinden sich z.B. heute in einem modernen Auto allein 30 bis 50 verschieden eingesetzte Mikrocontroller. Die Liste der mikroprozessor-gesteuerter Home- und Smartanwendungen lässt sich beliebig erweitern. Von diesen sogenannten versteckten Computern werden aktuell weit mehr als ein Fünfzigfaches der verallgemeinerten PC-Prozessoren verkauft. Dieses IT-Regime, das unser Leben erleichtern soll, verändert und beeinflusst unseren Lebensalltag in einer nie zuvor gekannten fragwürdigen Art und Weise. Seit einigen Jahren wird daher auf wissenschaftlicher Ebene diskutiert, geforscht und veröffentlicht, wie positiv und/oder negativ die Auswirkungen der Digitalisierung auf das Leben des Einzelnen zu bewerten ist. Trotz eines realen allgemeinen Hypes wird kenntlich, dass die Digitale Revolution mit Widersprüchen behaftet, ihr Verlauf sehr wahrscheinlich risikoreich und ihr Ausgang ziemlich ungewiss ist. Bezogen auf die Arbeitswelt sind dauerhafte Arbeitsplatzverluste zu erwarten.

Seppmann setzt sich mit diesen sozialen Folgen der Digitalisierung auseinander. Er bietet eine komplexe Phänomenologie der sozialen Folgen der Digitalisierung, von der Analyse der Computer-Ideologie und dem Entstehen der Dominanz des Sekundärwissens über die Auswirkungen digitaler Kontrolle und Beeinflussung, von Automatisierung und Arbeitsplatzverlust und der Formierung sozialen Denkens bis hin zu Fragen des Cyberwars u.a.m. Er schickt die Feststellung voraus, daß die Lebensbereiche schwin-

den, in denen Computer und Internet *keine Rolle* mehr spielen. Der verallgemeinerte Internetzugang sowie die Nutzung hochtechnologischer Kommunikationsmöglichkeiten via PC, Smartphone etc. werden heute nicht nur als unverzichtbare und völlig *selbstverständliche Lebensbegleiter* angesehen, sondern durch die Mehrzahl der Gesellschaft gleichzeitig positiv bewertet. Es ist ein gesellschaftliches Bewusstsein entstanden, wonach beispielsweise 90 Prozent der US-Amerikaner zu der Auffassung gelangen, dass sich durch Internet und IT-Technologien ihre Lebensverhältnisse zum Besseren gewendet hätten. Dass sich neue Kommunikationschancen und ebenso neue Kommunikationsformen heraus gebildet haben, kann nicht in Frage gestellt werden. Für diese digitalen Errungenschaften ist allerdings von den Nutzern ein nicht zu übersehender, wie nicht zu verharmlosender Preis zu zahlen. Seit den Snowden-Enthüllungen hat der IT-Komplex erste Risse bekommen, der Überwachungs- und Bespitzelungssumpf löste eine starke öffentliche Debatte aus. Dieses mediale Skandalon hat jedoch nahezu vergessen lassen, dass die gesamte Computer-Technologie „noch in anderer Hinsicht kontraproduktiv ist, [dass sie] nicht nur *sozial negative*, sondern in zunehmenden Maße auch *zivilisatorisch destruktive* Konsequenzen hat.“ Digitale Imperialisten wie Google, Facebook und Amazon sind mit unseren Daten in Goldgräberstimmung, lässt sich mit diesen Daten doch ungeheuer viel Geld verdienen. „*Gott sieht alles!*“ schreibt Bertolt Brecht in seinem Gedicht *Was ein Kind gesagt bekommt*. Wahrscheinlich würde der

große BB den „lieben Gott“ heute durch Big Data ersetzen wollen. Denn „Die NSA sieht alles“, „Google weiß alles“, „Facebook liest alles“ und „WhatsApp speichert alles: nämlich Telefonnummern“ – die Beispiele lassen sich problemlos fortsetzen. Diese Praktiken führen, wie der Verfasser zeigt, in zu-nehmendem Maße zu einer subjektiv existenziellen Bedrohung, in der privaten Lebensführung z.B. durch Arbeitsplatzverlust und Absage von Arbeitsplatzbewerbungen.

Die Begegnung und Arbeit mit einem Computer suggeriert in subjektiver Wahrnehmung allzu leicht einen Zeitgewinn. Und so entsteht der Eindruck von einem Gewinn von mehr zu nutzender Frei- und Lebenszeit, die kreativ für anderes genutzt werden könnte. Werner Seppmann zeigt, dass dies mitnichten der Fall ist und meist der Eindruck zurück bleibt, „dass der Zeitgewinn von der Technik wieder verschlungen wird“, infolge des nahezu pathologischen Zwangs einer sofortigen Antwort-Reaktion auf den Eingang von elektronisch übermittelten Nachrichten. Damit entsteht der Eindruck, dass nur das jeweils Neueste und Aktuellste von grundlegender Bedeutung sei. „Diese digitale Informations- und Impulsschwemme verhindert intensiveres Nachdenken und beschädigt die Phantasiepotenziale.“ Der Autor hebt als bemerkenswertes Phänomen hervor, dass insbesondere die durch das Internet geprägte *Informationsarbeit* vielfach zu einer frustrierend lähmenden Ungeduld führt, wenn bei ansonsten gewohnt schneller Antwort der Suchportale auf eingegebene Sucheangaben die Resultate nicht unverzüglich an-gezeigt

werden. Dies trage zur breiten Akzeptanz eines allgemeinen „Fast-foodwissens“ bei, gerade weil die schnelle Ergebnisanzeige „zu Dopamin-Anreicherung im Gehirn und weiter zu Glücksgefühlen führt“. Das ist der Grund dafür, dass schnelle Antworten bevorzugt werden und Enttäuschungen, die mit einer intensiveren Suche möglicherweise verbunden sind, ausgewichen wird. Schnell ist, so Seppmann, der IT-Nutzer mit dem zufrieden, was man ihm nicht selten manipuliert vorsetzt. Auffällig viele und keinesfalls nur junge Menschen „hängen an ihrem Smartphone, wie Drogensüchtige an der Nadel“. Diese Technologie schaffe einerseits Verbindung, andererseits eine Nähe verhindernde Wand. Auf dem Spiel stehe ein Verlust der Fähigkeit zu Empathie und Interaktion – so die Kritik Seppmanns.

Neben weiteren Themen, deren Besprechung den Rahmen dieser Rezension überschreiten würde, behandelt Seppmann das „Wikipedia-System als ein Kapitel für sich“. Dieses System sei aufgrund breiter Autorenbasis wie kollektiver Bearbeitungsweise mittlerweile zu einem fulminanten Problemfall geworden. Als digitales Lexikon führe es – bei Anonymität und leichter Bedienbarkeit für jeden, der bei Einträgen mitmachen will – zu einer weiten Verbreitung von in großen Teilen bewusst manipuliertem Wissen, etwa durch Einträge, die hochprofessionell von Public-Relations-Agenturen gestaltet werden. Das gern als Basisprojekt bezeichnete Wikipedia-System, hauptsächlich von seinen Großspendern Google, Goldman Sachs, General Electric, Chevron, IBM, Deutsche Bank und Microsoft

gefördert und finanziert, werde zunehmend dafür genutzt, das oftmals „angekratzte“ öffentliche Bild von Daimler-Konzern, Vatikan, CIA, RWE-Konzern, BRD-Diensten wie z.B. dem LKA Thüringen (wegen NSU-Verstrickung) etc. „zu glätten“. Selbst CDU und SPD *verschönten* ihre Einträge. Vorherige Einträge wurden teils gelöscht, *halbwahrheitlich* neu gefasst, aber immer *geschönt*. Die Liste der dokumentierten Manipulationsvorgänge, die Lug, Trug, Täuschung und Versuche der Übervorteilung beabsichtigen, lasse sich, so der Autor, beliebig fortführen.

Ein Beitrag ist der Frage nach einem „Computer-Kommunismus“ gewidmet. Seppmann zeigt auf, in welchem Maß linke Utopien davon träumen, dass von einer demokratisierten und basis-kontrollierten Software weitgehende soziale Veränderungsimpulse ausgehen könnten. Diese Annahmen weist Seppmann zurück, da sie, wie der gesamte IT-Komplex, „abstrakt-logisch determiniert“ seien. Zu fragen sei immer: Wer kontrolliert Internet und Computerprogramme und wessen Interessen stehen dahinter? Es gelte zu bedenken, dass es gesellschaftliche Ziele gibt, die eben nicht in Algorithmen gefasst werden können – so Glück und Solidarität. Diese Faktoren müssten von ihrer Natur her „gesellschaftlich verhandelt werden“ und ließen sich nicht digitalisieren. Am Schluss des Buches werden vier „Kern- und Organisationsfragen solidarischer Vergesellschaftung“ im Rahmen der „Diskussion von sozialistischer Gesellschaft und Computer“, mit dem Hinweis gestellt, dass sie trotz fortschrittlichster Fähigkeiten, Stärken und Ressourcen sämtlicher

Computer-Technologien noch lange nicht gelöst sind.

Hans Wübbenhorst